

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 138 · 12. JAHRGANG · AUSGABE 7/2006 · VOM 30. JUNI 2006 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4/5 | **Alternativvorschlag
zum »Bildungsgipfel«**
Einstein-Schüler geben nicht auf

7 | **Not welcome,
Mister President**
Gegen Bush und Merkel in Stralsund

14 | **»Die Bernauer
Oskar-Besoffenheit«**
Pro und Contra zu Lafontaine

Bürgerinitiative »25. Juni«: Nun muß er weg!

Die Geschichte wiederholt sich – wie meist in solchen Fällen als Farce

Die Stadtverordneten taten sich sehr schwer, den Weg zur Abwahl des suspendierten Bürgermeisters frei zu machen. Der mußte sich auch noch besoffen beim Autofahren erwischen lassen. Und selbst danach wollten neun Stadtverordnete weiter, daß Schulz ihre Stadt repräsentiert. Daß es durch die Verschiebung der StVV-Abstimmung mit dem Abwahldatum am 25. Juni nun doch nicht klappte, ist für unsere Bürgerinitiative, benannt nach dem Abwahltermin des vorherigen Bürgermeisters am 25. Juni 1995, natürlich eine große Enttäuschung.

Doch nun ist die Sache am laufen. Nun muß er weg!

Oh ja, die Geschichte wiederholt sich. Und wie meist in solchen Fällen, wiederholt sie sich als Farce, als bittere Farce.

Zur Abwahl von Bürgermeister Hans Mai im Jahr 1995 gab es eine große Volksbewegung. Es waren politische Vorwürfe, wegen denen Hans Mai seinen Hut nehmen mußte. Versagen beim Abwasserproblem, fehlende Entwicklungskonzepte, fehlendes Eingehen auf die Opposition und damit verbundene Vetternwirtschaft und Machtarroganz wurden dem SPD-Bürgermeister vorgeworfen.

Bei Reinhard Schulz ist das anders. Nicht sein politisches Versagen und nicht die im Vergleich zum Vorgänger potenzierte Vetternwirtschaft, nicht die Geldverschwendung für Prestigeprojekte und auch nicht der gnadenlose Ausverkauf des kommunalen Vermögens brachen ihm den Hals. Nein, die im Vergleich dazu geradezu läppischen Vorwürfe im Zusammenhang mit Stellplatzablösen führten zu seiner Verurteilung und Suspendierung vom Dienst. Und selbst das spielte beim Abwahlantrag kaum eine Rolle, denn Hauptbegründung war die Dauer des Revisionsverfahrens. So lange ohne Bürgermeister, das gehe nicht. Daher müsse man den Verurteilten wohl oder übel abwählen.

Im Jahr 1995 kam Reinhard Schulz mit unserer Unterstützung ins Amt. Doch bald stellte sich heraus, daß er für unsere – immer noch freundschaftliche – Kritik nur taube Ohren hatte. Anfang 2000 hatten wir genug und erklärten: »Er war unser Mann, aber er ist es nicht mehr. Wir distanzieren uns von ihm« (BBP 2/2000). Als Mitte 2002 absehbar wurde, daß Schulz, nunmehr mit SPD-Unterstützung, erneut kandidieren würde, unterzogen wir uns der Mühe, eine politische Analyse der Tätigkeit von Reinhard Schulz zu erstellen. Diese Analyse erschien zunächst von November 2002 bis Mai 2003 als Artikelserie in der »Barnimer Bürgerpost« und im Sommer 2003 als Broschüre mit dem Titel »Der Versuch einer Bilanz – Die Bilanz eines Versuchs. Acht Jahre Bürgermeister Reinhard Schulz«. Auch wenn die neuesten Skandale des Bürgermeisters fehlen, besitzt die Analyse nach wie vor eine hohe Aktualität. Die letzten Restexemplare sind allerdings mittlerweile vergriffen. Aber als PDF-Datei kann sie über die »Bürgerpost« noch bezogen werden.

Die Analyse der BI »25. Juni« zeigt, es geht nicht um die Person Reinhard Schulz. Es geht um einen generellen Politikwechsel, wie er schon 1995 fällig war.

Transparenz und Bürgernähe statt Filzokratie und Korruption. Sinnvolle Stadtentwicklung statt konzeptionsloses Reagieren auf »Investorenwünsche«. Bewahrung und Pflege der vorhandenen Substanz statt verschwenderische und sinnlose Prestigeprojekte. Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern statt Korruption.

Wir Eberswalder haben die Kompetenz und das Potential, aus unserer Stadt etwas zu machen. Aufgabe von Bürgermeister, StVV und Stadtverwaltung ist, Bedingungen zu schaffen, in denen diese Kompetenz und dieses Potential zur Entfaltung gelangt.

Dazu ist ein Neuanfang notwendig, der 1995 versäumt wurde.

Die Übergabe der Stadt an den Landkreis, wie nunmehr von der CDU beabsichtigt, ist sicherlich die schlechteste Variante eines solchen Neuanfangs. Aber vielleicht soll die avisierte Kandidatur des Vizelandrats als Eberswalder Bürgermeister die Bürgerinnen und Bürger nur von der Abwahl am 16. Juli abhalten.

Die Bürgerinitiative »25. Juni« appelliert an die Eberswalder Bürgerinnen und Bürger: Lassen Sie sich von solchen Taschenspielertricks nicht beeindrucken. Nutzen Sie den 16. Juli (oder vorher die Möglichkeit der Briefwahl), um Schulz abzuwählen.

Aber lassen Sie es nicht damit bewenden. Setzen Sie sich ein, daß weder ein neuer Schulz noch ein Beamter des Landrates den Bürgermeisterstuhl an sich reißt.

J. K. MEISSNER, Bürgerinitiative »25. Juni«

Keine Namen bis zur Abwahl

Eberswalde (bbp). Allenthalben wird über mögliche Bürgermeisterkandidaten spekuliert. Konkrete Aussagen gab es bislang nur seitens der CDU, die das Abwahlverfahren bis zuletzt verhindern wollte und, gleichsam als Versuch das zu verschleiern, sofort nach dem StVV-Entscheid den stellvertretenden Landrat als ihren Kandidaten präsentierte. In der SPD läuft gegenwärtig der erwartete interne Machtkampf (vgl. »Der 25. Juni – ein Eberswalder Datum«, BBP 5/2006).

Ruhe hingegen seitens der PDS. Spekulationen seitens der Presse begegnet man dort eher mit einem vielsagenden Lächeln. Man zeigt sich sicher, zu gegebener Zeit mit einem bzw. einer geeigneten Kandidaten/in ins Rennen gehen zu können. Dabei stellte die Vorsitzende des Stadtverbandes der Linkspartei.PDS Eberswalde Maria Kausch kürzlich noch einmal nachdrücklich klar: keine Namen bis zum Abwahlscheid.



Glückwünsche zur Wahl für die Stadtvorsitzende der Linkspartei.PDS Maria Kausch vom Kreisvorsitzenden Ole Gemski.

Die Übernahme

Hinter den Kulissen wird wieder einmal gekungelt. Der Bürgermeister ist nicht mehr zu halten. Alle dreschen auf in ein. Ein neuer muß her. Ziel ist die Übernahme der Stadtverwaltung durch das Landratsamt. Das Gebäude im Herzen der Stadt ist fast fertig, da kann man eine Verwaltung einsparen. Der Kandidat aus dem Landratsamt steht bereit.

Vordringlich will man Glauben machen, es gehe um die Abwahl des Bürgermeisters. Aber es steckt mehr dahinter. Die Aktion steht in einer großen Tradition. Seit langem betreiben die Konservativen in Deutschland den gesellschaftlichen Fortschritt. Erinnert sei hier an Reichskanzlers Bismark, als er den deutschen Nationalstaat schuf. Es sprach, als guter Materialist, wenn schon Revolution, dann wolle man die gefälligst selbst machen. Eine Erkenntnis mit weitreichenden Folgen. Oder man denke an den Bundeskanzler Kohl, der als guter Dialektiker sagte, es käme drauf an, was hinten rauskommt, als er die Verträge zur Euro-Einführung unterschrieb und so die Auflösung des letzten deutschen Staates besiegelte.

Jetzt sieht man den Innenminister Schönbohm und seine Truppenteile, wie sie, das Vermächtnis von Lenin im Sinn, mit großem Tatendrang die weitgehende Abschaffung der staatlichen Verwaltungen vorantreiben. Immer von oben, denn Bismark sei dank, wenn schon, dann machen es die Konservativen selbst. Da kommen weder Sozialdemokraten noch Sozialisten drauf. Eine Verwaltungsebene kann weg.

Auf dem Lande ist es schon gelungen. Die Verwaltungen in den Landgemeinden sind zugunsten großer zentral gesteuerter Gebilde wie der Schorfheide, dem Teichland oder gar Neuseeland abgeschafft worden. Die Staatsmacht hat sich ungefragt per Gesetz aus dem ländlichen Raum verabschiedet. Sie kommt nur ab und an zur Sprechstunde vorbei. Oder am Herrentag, um Besoffene einzufangen. Irgendwie fehlt sie auch nicht. Der Staat verzieht sich in die Verwaltungen und der Landmann hat seine wohlverdiente Ruhe.

Der nächste Schritt ist die Übernahme der Stadtverwaltungen durch die Landratsämter auf vollständig demokratischem Wege. Überall gibt es unkoordinierte Verfahren zur Abwahl der Bürgermeister. Kein Bürgermeister ist sicher. Sogar die Staatsanwälte machen mit. Die Verwaltungsarbeit wurde schon weitgehend optimiert. In Eberswalde hat man das Krankenhaus und die Schulen an den Landkreis abgegeben. Die Stadtwerke und fast alle Häuser sind verkauft. Zur Auszahlung der Sozialhilfe gibt's eine ARGE und den Müll sammelt ein Privater. Ab und an kommt noch einer vorbei und schreibt die Parksünder auf. So ist es nur konsequent, wenn das Landratsamt die Stadtverwaltung übernimmt. Das spart Geld und Nerven. Eine Verwaltung in der Stadt reicht völlig. Und bald haben auch wir unsere Ruhe.

Dr. MANFRED PFAFF

Aktionen zum Erhalt der Eberswalder Schulen:

Eine neue Qualität



Zur StVV-Sitzung am 22. Juni zeigte sich eine neue Qualität des Schülerprotests. Statt den Versuchen auf den Leim zu gehen, mit denen eine Schule gegen die andere ausgespielt werden soll, erhielten die Schülerinnen, Schüler und Eltern der Albert-Einstein-Oberschule Unterstützung von den Kniprpsen der Grundschule Mitte.

Sizilianische Verhältnisse in Eberswalde?

Mit tiefem Frust las ich den MOZ-Artikel über den vermutlichen Spendenskandal, der mir den Appetit am Frühstückstisch gründlich verderbte.

Als gebürtiger Eberswalder und als politisch interessierter Einwohner ergeben sich für mich einige Fragen: Inwieweit hat die Kontrollinstanz des Stadtparlamentes und seiner relevanten Fachausschüsse versagt? Haben einige Stadtverordnete von diesem Deal gewußt und diesen klammheimlich mitgetragen? Warum ist der Rechnungsprüfungsausschuß erst jetzt, und nicht schon vor dem Verkauf der Stadtwerke-Anteile, auf zahlreiche Ungereimtheiten gestoßen? Welche Rolle haben die Vertreter der Stadt im Aufsichtsrat der Stadtwerke gespielt?

Es wird höchste Zeit, daß in Eberswalde mit aller Konsequenz und ohne Ansehen von Per-

sonen mit Korruption und Filz aufgeräumt wird. Es darf nicht sein, daß wir uns immer mehr »sizilianischen Verhältnissen« nähern, wo eine Handvoll einflußreicher, miteinander verstrickter Personen allein über das Schicksal unserer Stadt entscheiden und sich die Mehrheit des Stadtparlamentes zum Abnickverein degradieren läßt.

Deshalb sollten sich die Bürgerinnen und Bürger von Eberswalde zahlreich am Abwahlverfahren gegen den Bürgermeister Reinhard Schulz am 16. Juli beteiligen, um einen kommunalpolitischen Neuanfang den Weg zu ebnen. Wir brauchen ein Stadtoberhaupt, das endlich mal den Wählerauftrag pflichtbewußt wahrnimmt und für Offenheit und Transparenz sorgt.

OTTO BAAZ

abgeschrieben (1):

»Frischer Wind«

Um bestimmte Ereignisse zu verstehen, ist es manchmal hilfreich, auf schon früher Aufgeschriebenes zurückzugreifen. In der diesjährigen Februarausgabe der BBP stand unter der Überschrift »Frischer Wind« u.a. geschrieben:

»... Der Deckel des Topfes, in dem Schulz und seine Freunde jahrelang ihr Stüppchen kochten, öffnete sich nur einen Spalt und schon verbreitete sich der unerträgliche Gestank von Willkür und Machtarroganz. Ob die Pietät vor dem Kadaver verhindert, daß der Deckel ganz weggestoßen und in der Suppe gründlich herumgerührt wird? Zweifel sind angebracht. Es gibt genügend Leute außerhalb des Schulz-schen Klientels...«

abgeschrieben (2):

»Gescheiterte Politik«

In der »Barnimer Bürgerpost« 5/2000 heißt es zur Schulz-schen Politik:

»... Das Konzept, die Wirtschaftsentwicklung mit Hilfe betonierter Infrastrukturen aufbauen zu wollen, stammt aus den 50er und 60er Jahren. Die gewaltige Explosion der Produktivkräfte seit Anfang der 70er Jahre haben zu anderen Bedingungen geführt. Der »reale Sozialismus« scheiterte daran. In der Wende-euphorie mit der durchaus vorhandenen Notwendigkeit, einiges in der Infrastrukturentwicklung nachzuholen, ging unter, daß auch der Realkapitalismus seine Probleme mit den Veränderungen hat. Nur vor diesem Hintergrund sind die politischen Krisen in der Stadt Eberswalde zu begreifen...«

Spendenbericht der Stadt Eberswalde 2005

Eberswalde (bbp). Im Dezember 2005 hatten die Eberswalder Stadtverordneten mit 19 gegen 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen beschlossen, daß die Stadtverwaltung halbjährlich einen schriftlichen Spendenbericht vorlegen soll, der alle Spenden ab 500 Euro erfaßt. Die Gegenstimmen und Enthaltungen kamen vorrangig aus der SPD-Fraktion. Die CDU-Stadtverordneten stimmten mehrheitlich zu, nachdem die PDS der Forderung nachgegeben hatte, die Spender nicht namentlich zu nennen.

Der Winter und das Frühjahr vergingen mit Hinweisen der Verwaltung, daß der Spendenbericht vorbereitet werde. Am 22. Juni war es dann soweit. Allerdings mußten die Stadtverordneten erstaunt feststellen, daß der Spendenbericht, obwohl kein einziger Spender beim Namen genannt war, der StVV in nichtöffentlicher Sitzung präsentiert werden sollte. Als auf Drängen des PDS-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Sachse der Spendenbericht in die öffentliche Sitzung verlegt wurde, gab es seitens der Verwaltung keinerlei Kommentar.

Bürgermeister verfügte über einen Doppelhaushalt der Spenden

Im Finanzbereich »Gemeindeorgane« entstand ein separater Haushalt aus Spenden, über den Bürgermeister Schulz ganz ganz persönlich verfügte. Diese Spenden dürften zum großen Teil aus unzulässigen »Nebenvereinbarungen« bei anderen Geschäften (vor allem aus dem Verkauf der Stadtwerkeanteile) stammen.

So wurden in den Jahren seit 2002 insgesamt 925.000 Euro Spendengelder über die »Gemeindeorgane« weitergereicht. Selbst bei Spenden in der Größenordnung von 100.000 Euro für einen einzelnen Empfänger in einem Jahr wurde die StVV oder die Fachausschüsse nicht befragt, ja nicht einmal informiert.

Vorteilsannahme im Amt ist nach § 331 StGB verboten, es sei denn daß die »zuständige Behörde die Annahme« genehmigt. Wohl um dieser Forderung zu entsprechen, werden in der Stadt »Spendenannahmeanordnungen« gefertigt. Aber diese wurden nicht vom Bürgermeister, auch nicht vom zuständigen Dezernent, nicht von der Leiterin des Fachdienstes Finanzen unterzeichnet. Nein, unterzeichnet hat eine Mitarbeiterin im Fachdienst Finanzen. Nicht die 4. Leitungsebene war hier zuständig, sondern die vorgesetzte Stelle, also die StVV. Die aber kannte keinen einzelnen Spendeneingang, sondern nur zusammengefaßte Zahlen in der jeweiligen Haushaltsrechnung, die zudem den meisten Stadtverordneten erst ein Dreivierteljahr nach ultimo mit dem Haushaltsentwurf des übernächsten Jahres vorlagen. Diese Vorgehensweise muß als Versuch der bewußten Umgehung des § 331 StGB erscheinen.

Spenden, die an die Stadt gezahlt wurden und für die der Spender eine entsprechende Spendenquittung fürs Finanzamt erhalten hat,

Daß die Stadtverwaltung im Zusammenhang mit den Spenden schon am nächsten Tag Ziel einer Razzia des Landeskriminalamtes werden sollte, wußte zur StVV-Sitzung am 22. Juni noch niemand (über die entsprechenden Hintergründe hatte die »Barnimer Bürgerpost« bereits unter dem Titel »Neue Spendenaffäre in Eberswalde?« in ihrer April-Ausgabe berichtet). Diverse Ungereimtheiten im Spendenbericht waren den Stadtverordneten indes bereits aufgefallen. Verdutzt nahmen sie erneut zur Kenntnis, daß über die Verwendung der Spenden in Größenordnung von mehreren hunderttausend Euro ganz allein der Bürgermeister entschieden hatte. Dr. Günther Spangenberg (AfW) konstatierte: »Da steckt mehr Brisanz drin, als wir uns hier und heute vorstellen können«. Der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller ergänzte, daß der Bürgermeister hier ohne jegliche parlamentarische Kontrolle über einen »zweiten parallelen Haushalt« verfügt habe, was der »Günstlingswirtschaft« Tür und Tor geöffnet habe.

dürfen nur für gemeinnützige Zwecke gem. Steuerrecht verwandt werden. Ob es entsprechende Verwendungsnachweise dazu in der Stadtverwaltung gibt, ist nicht bekannt. Bei der Gelegenheit ist es durchaus möglich, daß Spenden auch an Empfänger durchgereicht werden, die sonst keine Chance hätten, auf eine städtische Förderliste zu kommen, wie z.B. die (Jagd)Pächtergemeinschaft Finowfurt.

Interessant ist die Frage, nach welchen Prinzipien die Empfänger der Spenden vom Bürgermeister ausgewählt wurden. Da finden sich in den Unterlagen Bitten um Spendenbereitstellung, die beginnen: »Sehr geehrter Herr Schulz, lieber Reinhard ...«. Da dürfte der Antrag schon mal gute Chancen haben. Oder: »anlässlich unseres Gespräches ... stellten Sie eine Spende in Höhe von ... in Aussicht. In der Sauna, im Fit & Fun oder bei der Jagd? Es dürfte wohl in erster Linie nach Sympathie und Möglichkeit der Selbstdarstellung für den Bürgermeister gegangen sein.

Zu den Verwendungszwecken gehört u.a. eine Schießanlage durch eine Pächtergemeinschaft und Erhaltungsmaßnahmen an privaten Gebäuden... Der Rechnungsprüfungsausschuß der StVV, der am 27. Juni die Spendenpraxis erstmals unter die Lupe nahm, hat noch ein gutes Stück Arbeit zu leisten. Für alle Vorgänge im Rathaus trägt der Bürgermeister die Gesamtverantwortung. Inwieweit auch die Beigeordneten, die sich in der Verantwortung über die Stadtkasse abwechselten, in die dubiose Spendenpraxis verwickelt sind, klärt unterdessen die Staatsanwaltschaft. Zumindest haben sie wohl angesichts der Spendenpraxis lange Zeit beide Augen fest zugeedrückt.

1. Spende der EWE AG

<i>Datum: 9.5.2005, Einzahlung: 200.000 Euro</i>	
<i>Förderung des Sports (160.000 Euro)</i>	
FV Motor	100.000
SV Motor	26.700
Jagdsport	18.000
Tauchclub Werbellow	360
Judoclub Eberswalde	5.000
SV Waldhof Spechthausen	500
Hertha BSC	232
1. SV Eberswalder e.V.	3.000
Siedler-Sportclub Eberswalde	500
1. FV Stahl Finow	1.700
Volkssolidarität	300
Schützengilde	1.000
Dorfclub Tornow e.V.	500
SV Waldhof Spechthausen	600
Ortsteil Sommerfelde	500
Goethe-Oberschule	500
<i>Förderung gemeinnütziger Zwecke (11.000 Euro)</i>	
Rassekanninchenverein	300
BSIJ e.V.	800
Fachhochschule Eberswalde	3.500
VdK Ortsverband	1.000
Stadtseniorenbeirat	3.000
Barnimer Busgesellschaft	500
BerufsbildungsGmbH	900
PAS-Vertrieb/Behinderte	378,10
Landkreis Barnim	300
Volkssolidarität e.V.	250
<i>Förderung des Feuerschutzes (5.000 Euro)</i>	
FFW Tornow, Cl.-Zetkin, Jugendfw	2.500
Ortsfeuerwehr – Gestalt. Vereinsleben	2.500
<i>Förderung kultureller Zwecke (24.000 Euro)</i>	
Männerchor e.V.	425
Dt. Siedlerbund, Tornow, Sommerfelde	1.500
Finowkanalfest	2.494,98
Goethe-Oberschule	250
Familiengarten	11.000
EWITA	3.031,18
»Duft Familie«	580
Sternsinger	50
Zoo-Fest	4.675

2. Spende der e.dis AG

<i>Datum: 25.5.2005, Einzahlung: 25.000 Euro</i>	
<i>Förderung kultureller Zwecke (12.000 Euro)</i>	
Museum	250
Familiengarten	10.440
<i>Förderung des Sports (2.300 Euro)</i>	
Fußball-Hallenturnier	300
<i>Förderung gemeinnütziger Zwecke (10.700 Euro)</i>	
Betreuung finnischer Gäste	285,50
Fasching EKK	2.673,51
Besuch Polen	397,80
Studentenfest	707,75
Seniorenweihnachtsfeier	439,14

3. Spenden für den Tierpark

<i>5 Einzahlungen »Repräsentationen« (2.850 Euro)</i>	
Text und Bildgestaltung	582,92
div. Sponsorenessen, Präsente	1085,26
Geschenk	61,93
<i>4 Einzahlungen für Kauf Kamera Zoo und Ankauf Tiere (14.000 Euro), noch nichts realisiert</i>	
<i>17 Einzahlungen + div. Kleinspenden für Tigeranlage (27.462,50 Euro), vollständig realisiert</i>	
<i>1. Einzahlung am 4.11.2005 für Untergrabe- und Übergrabeschutz (5.000 Euro)</i>	
<i>5 Einzahlungen + div. Kleinspenden für Zoo ohne Verwendungszweck (6.078,09 Euro) vollständig realisiert für Repräsentation</i>	
Gesamtspenden Tierpark:	55.390,99

Schulabgabe:

Verhandlungen ruhen

Eberswalde (bbp). Seit dem sogenannten »Bildungsgipfel« des Landrates Anfang Mai ruhen die Verhandlungen zwischen den Verwaltungen des Landkreises Barnim und der Stadt Eberswalde zwecks Übergabe der Oberschulen von der Stadt an den Kreis. Dies teilte der zuständige Fachdienstleiter Michael Nehls auf Anfrage von Karen Oehler am 14. Juni dem Ausschuß für Kita und Schule mit. Inzwischen sei die von der StVV beschlossene Übergabe zum 1.8.2006 nicht mehr realisierbar. Der vom Landkreis geforderte öffentlich-rechtliche Vertrag muß von der StVV genehmigt werden. Derzeit liegt dieser Vertrag aber noch nicht einmal als Entwurf vor. Seitens der Stadtverwaltung werde überlegt, wie die nach dem 1.8. anfallenden Kosten für den Schulbetrieb, dem Kreis in Rechnung gestellt werden können.

Der Stadtverordnete Jürgen Kumm (SPD), zugleich Abgeordneter des Kreistages, hält es hingegen für falsch, wenn die Stadt jetzt versuche, den Landkreis unter Druck zu setzen. Der Kreis habe sich zur Übernahme der Schulen bekannt. Daher werde dies auch so passieren.

Der städtische Fachdienst hält eine Übergabe der Schulen im laufenden Schuljahr für sehr unzumutbar. Daher ist frühestens mit dem Schuljahreswechsel 2008 mit der offiziellen Übergabe der Schulen an den Kreis zu rechnen. Bis dahin bleibt die Verantwortung zu den Oberschulen bei der Stadt Eberswalde.

Flexklassen in Eberswalde

Eberswalde (bbp). »Unser Schwachpunkt war bisher, daß wir keine Elitenförderung hatten«, kommentierte Prof. Joachim Hans Bergmann (CDU) am 14. Juni im Ausschuß für Kita und Schule die Informationen zur Einführung von Flexklassen in der Grundschule Mitte. Diese sehen einen jahrgangsübergreifenden Unterricht in den ersten beiden Schuljahren vor. Dabei können begabte Schüler bereits nach einem Schuljahr in die 3. Klasse wechseln. Zugleich besteht aber auch die Möglichkeit, ohne weitere Nachteile drei Jahre in der Flexklasse zu verbleiben. Statt bloßer »Elitenförderung« bieten die Flexklassen somit verbesserte Möglichkeiten sowohl für besonders Begabte als auch für Schüler, denen das Lernen schwerer fällt. Nicht nur die Schulleiterin der Grundschule Mitte Hannelore Prüver, sondern auch alle Ausschußmitglieder, die über Erfahrungen mit den Flexklassen verfügen, äußerten sich sehr positiv über diese neue pädagogische Möglichkeit. Dies sei »eine gute Sache«, meinte z.B. Winfried Bohn (FDP), dessen Enkel eine Flexklasse in der Grundschule Britz besucht.

Fachdienstleiter Michael Nehls hält es für möglich, daß demnächst Flexklassen flächendeckend im Land eingeführt werden. Insofern seien die Erfahrungen der Grundschule Mitte sehr wichtig für die künftige Schulentwicklungsplanung der Stadt Eberswalde.

Fraktion Grüne/Freie Wähler im Kreistag Barnim:

Alternativvorschlag zum »Bildungsgipfel«

In Bezug auf die Eberswalder Schullandschaft brachte die Fraktion Grüne/Freie Wähler für den Kreistag am 28. Juni einen Alternativvorschlag zum Eckpunktepapier des sogenannten Bildungsgipfels ein. Dieser sieht vor, in Eberswalde künftig 3 Oberschulen zu betreiben. Die Goethe-Oberschule soll an ihrem Standort an der Eisenbahnstraße verbleiben, die Oberschulen Mitte und Westend am Standort Mitte zusammenziehen und die Einstein-Oberschule im Brandenburgischen Viertel erhalten bleiben. Die Goethe-Schule würde weiterhin 3-zügig, die anderen beiden Schulen sowie die Oberschule Finowfurt 2 bis 3-zügig geführt werden.

Diese Variante würde zahlreiche Nachteile und Probleme des Verwaltungsvorschlages vermeiden und die Kontinuität der Bildungsarbeit weitgehend sichern. Wir greifen damit die Anregungen und Bedenken zahlreicher Lehrer, Eltern und Einwohner auf. Durch diese Variante würden der Umzug von vier Schulen und damit erhebliche Unruhe, Belastungen für Lehrer

und Schüler sowie hohe Kosten vermieden. Verlagert werden müßte die Westend-Schule mit dem Hörgeschädigten-Projekt. Das ist sicher nicht einfach, aber mit vertretbarem Aufwand realisierbar. Wir sehen darin für die hörgeschädigten Schüler sogar einige Vorteile. Sie würden in ein saniertes Gebäude einziehen und müßten nicht die Fusion mit zwei weiteren Schulen und deren Konzepten verkraften. Die Lage der Oberschule Mitte ist verkehrsgünstiger und trotzdem ruhig. Die Nähe zu einer Grundschule ist ebenfalls gegeben.

Die Konzentration der leistungsstarken Schüler an einem 4 bis 5-zügigen Schulkomplex betrachten Grüne/Freie Wähler als besonders problematisch. Dies führt zwangsläufig zu einer »Restschule« an dem zweiten vorgesehenen Standort in Westend. Dort würden sich Schüler aus schwierigen sozialen Verhältnissen, mit Migrationshintergrund und verschiedenen Lernproblemen konzentrieren. Das ist weder bildungspolitisch noch gesellschaftlich sinnvoll. Erfolgreiche Projekte wie die besondere Förderung von sozial schwachen Schülern in der Oberschule Mitte oder die Integration der Hörgeschädigten in Westend wären so in Frage gestellt. Die Oberschule Westend hatte in den letzten Jahren die geringsten Anmeldezahlen, sie ist ungünstig gelegen und hat einen sehr hohen Sanierungsbedarf. Diese Gründe sowie die deutlich längeren Schulwege für zahlreiche Schüler sprechen gegen diesen Standort.

Grüne/Freie Wähler zielen mit ihrem Vorschlag auf gute Bildungschancen und eine hohe Bildungsqualität für alle Eberswalder Oberschüler. Den Erhalt der für das Brandenburgische Viertel und den gesamten Stadtteil Finow bedeutsamen Einstein-Schule sieht die Fraktion als sinnvoll und wichtig an.

Prof. JOHANNES CREUTZIGER,
Mitglied im Ausschuß für Bildung und Kultur



Als symbolisierter Schulbus, auf den die Schüler der Albert-Einstein-Oberschule im Falle der Schulschließung angewiesen wären, zogen am 1. Juni rund 70 Schülerinnen, Schüler, Eltern und weitere Bewohner des Brandenburgischen Viertels in den Beratungssaal der StVV Eberswalde. In geheimer Abstimmung wandte sich schließlich eine knappe Mehrheit der Stadtverordneten dagegen, die Verantwortung für die Eberswalder Oberschulen wieder in ihre Hände zu nehmen.

Gestaltungssatzung weiter ausgehöhlt

Eine Allianz aus SPD, CDU und PDS will die gerade neu beschlossene Gestaltungssatzung für das Eberswalder Stadtzentrum weiter aushöhlen. Mit der Änderung der erst seit dem 8. Mai in Kraft befindlichen Satzung wollen die Initiatoren die geltenden Beschränkungen für die Gestaltung von Werbeanlagen weitgehend aufheben.

Beweggründe dafür sind Einzelinteressen der stadt eigenen WHG, die ohne Rücksicht auf gestalterische Ziele und Erfolge auch im historischen Stadtzentrum Werbefreiheit durchsetzen will. So sollen u.a. Werbeanlagen an Obergeschoss, Wechsel- und Projektionswerbung zugelassen werden.

Die Gestaltungssatzung in der zurzeit geltenden Form war erst am 26. April diesen Jahres von der Stadtverordnetenversammlung mit

nur zwei Gegenstimmen beschlossen worden. Vorausgegangen war ein Diskussionsprozeß in einem eigens gegründeten Arbeitskreis unter Beteiligung von Abgeordneten, Sanierungsbeirat und Planungsbüros. Der Paragraph zu den Werbeanlagen fand in einer separaten Abstimmung im Bauausschuß am 7. März mehrheitliche Zustimmung.

Angesichts des aktuellen Änderungsversuches stellt sich für die Fraktion Grüne/BFB die Frage: Was sind in Eberswalde demokratische Beschlüsse und Rechtssicherheit für Bürger und Investoren wert? Grüne/BFB fordern, das Erreichte bei der Altstadtsanierung nicht aufs Spiel zu setzen und die Gestaltungssatzung endlich als ein sinnvolles Instrument für die Stadtentwicklung anzuerkennen.

KAREN OEHLER

Ein klares Vielleicht

Der Kreistag soll am 28. Juni den informellen Beschlüssen des sogenannten »Bildungsgipfels« des Landrates den offiziellen Segen geben. In die Eberswalder Schullandschaft soll Bewegung kommen. So das erklärte Ziel. Bewegung, die an keiner der vier Eberswalder Oberschulen vorbei geht. Die Goethe-Oberschule soll ins Gebäude der Oberschule Mitte ziehen. Diese soll wie die Albert-Einstein-Oberschule ersatzlos verschwinden und mit im Gebäude der Westend-Oberschule unterkommen. Weil dort vor Jahren mit kreislichen Fördermitteln ein Fahrstuhl eingebaut wurde, hält der Landrat am Schulstandort in Westend fest, obwohl in im Umfeld die wenigsten Schüler wohnen.

Doch das ist dem Kreis nicht genug Bewegung. Um richtig Staub zu machen, soll auch noch die Grundschule Mitte in das Schul-Roulette einbezogen werden. Mit der Idee, die Knirpse in das für die Grundschule zudem viel zu kleine Gebäude der jetzigen Goetheschule zwischen den Hauptverkehrsstraßen der Innenstadt zu stecken, machte der Landratsbildungsgipfel seine (In-)Kompetenz deutlich. Für die Ignoranz gegenüber den Interessen der Betroffenen spricht auch die Äußerung des Bildungsdezernenten Mocek, für ihn habe Schulplanung mit Stadtplanung nichts zu tun. Mit der CDU/SPD-Koalition verfügt der Landrat im Kreistag über eine solide politische Basis, die die Vorgaben der Verwaltung kaum hinterfragt. Im Kreisbildungsausschuß fand die Bildungsgipfelvorlage bereits eine sichere Mehrheit.

Nachdem in der StVV am 1. Juni der PDS-Antrag zum Verbleib der weiterführenden Schulen in der Trägerschaft der Stadt knapp scheiterte, sollten nun wenigstens zur Rettung der Grundschule Mittel Pflöcke eingeschlagen werden. Linkspartei.PDS und Allianz freie Wähler (AfW) beantragten die »Sicherung der Grundschulstandorte« bzw. den »Erhalt der Europaschule Mitte am Standort Friedrich-Engels-Straße«. Verbal sprachen sich sowohl im Ausschuß am 14.6. als auch in der StVV am 22.6.

Ganztagsgrundschule Mitte?

Eberswalde (bbp). Die Grundschule Mitte plant gegenwärtig keinen Ganztagschulbetrieb. Darüber informierte Schulleiterin Hannelore Prüver am 14. Juni den Ausschuß für Kita und Schule der StVV Eberswalde. Die Schülerinnen und Schüler der Grundschule Mitte werden von 5 Horten betreut, die alle sehr gut eingerichtet sind. Für die Einführung eines Ganztagschulbetriebs fehlen zudem die räumlichen Voraussetzungen. Über eine Ganztagschule könnte nachgedacht werden, würde die Grundschule Mitte das Gebäude der jetzigen Oberschule Mitte zugeordnet bekommen.

Nach den Plänen des künftigen Schulträgers soll dort jedoch ein vier- bis fünfzügiges »Schulkombinat« unter Einbeziehung des Gebäudes der jetzigen Grundschule entstehen.

alle Fraktionen für den Erhalt der Grundschule Mitte am jetzigen Standort aus. Dies mit einem entsprechenden StVV-Beschluß festzuschreiben, ging den Stadtverordneten von SPD und CDU allerdings zu weit. So klar wollten sie sich nicht gegen ihre im Kreis regierende Koalition positionieren. Bei den Vorlagen von PDS und AfW handele es sich um »Populismus« schwadronierten sie. Sie griffen dankbar die Argumentation der bündnisgrünen Stadtverordneten Karen Oehler auf, die auf den bis 2007 gültigen Schulentwicklungsplan der Stadt verwies. Es bestehe kein Handlungsbedarf. Auch die FDP schloß sich dieser Argumentation an.

Von Karen Oehler kam schließlich der Kompromißvorschlag, bereits unmittelbar nach der Sommerpause mit der Fortschreibung des städtischen Schulentwicklungsplans zu beginnen. Sowohl PDS als auch AfW verzichteten auf weitere Konfrontation. Der grundsätzlich geänderte Beschlußvorschlag wurde schließlich einstimmig angenommen. Die anwesenden Schülerinnen, Schüler und Eltern der Grundschule Mitte und der Einstein-Oberschule verließen sichtlich enttäuscht den Saal.

Doch an ein Aufgeben wird seitens der Schülerinnen und Schüler nicht gedacht. Am 28. Juni (nach Redaktionsschluß, aber vor dem Erscheinen dieser BBP-Ausgabe) findet parallel zum Kreistag in der Albert-Einstein-Schule unter dem Motto »Der Gipfel der Bildung« ein großes Schulfest statt. Ab 14 Uhr gibt es einen bunten Mix aus Bildung und Unterhaltung u.a. mit einer Stockcarvorführung, einem Ausbildungsplatzevent und Angeboten der Bundesagentur für Arbeit. Wenn im Kreistag die Parteien über die Zukunft ihrer Schule streiten, veranstalten die Schüler ein Konzert mit Jan W., Thunderspring und weiteren Nachwuchsbands. Schließlich soll eine Menschen- und Lichterkette zum Schutz der Schule den Verantwortlichen verdeutlichen, daß der Widerstand weitergehen wird.

G.M.

Einsteinschüler: »Es reicht«

Eberswalde (bbp). »Es reicht« – so die Überschrift auf einem Handzettel, den Schülerinnen und Schüler der Albert-Einstein-Oberschule vor der Sitzung der Eberswalder Stadtverordneten im Kulturhaus »Schwärzetal« am 22. Juni verteilten. Darin heißt es:

»Gibt es Demokratie in Eberswalde?

Ich denke nicht!

Fragen werden nicht beantwortet, Schu-
len wegen Geldnot gekürzt. Inhalt
ist nicht entscheidend.

WIR WEHREN UNS.

Ein schwarzes Band am Auto oder Fen-
ster zeigt dies.

MACHEN SIE MIT!!!«

Schulen wieder öffnen

Kurz vor der Abstimmung über Abgabe der weiterführenden Schulen am 1. Juni, füllten gleich mehrere Leserbriefe mit auffallend ähnlicher Stilistik die sonst eher raren Leserbriefspalten der lokalen Tageszeitung. Darunter fand sich auch ein Brief (»Elternwillen respektieren«, Barnim-Echo vom 31. Mai 2006), der von Eltern aus dem Bereich Joachimsthal unterschrieben war. Der hierzu dem Lokalblatt übermittelte Leserbrief fand dort keine Berücksichtigung.

Es ist erfreulich, welche Anteilnahme Bürger des Umlandes an den Problemen der Kreisstadt zeigen. Die Aussicht, über die Kreisumlage die Eberswalder Schulen mitzufinanzieren, ist sonst nicht gerade populär. Aus der CDU-Fraktion im Kreistag, immerhin Koalitionspartner, sind vehement Forderungen zu hören, daß sich der Kreis diese Kosten auf die eine oder andere Weise von der Stadt Eberswalde wieder zurückholt.

Mit dem »schlüssigen Schulentwicklungsplan« der Kreisverwaltung meinten die Leserbriefautoren offenbar das »Positionspapier« des sogenannten »Bildungsgipfels«. Bei diesem »Gipfel« handelte es sich um ein informelles Treffen ausgewählter Personen, das unter Umgehung der zuständigen parlamentarischen Gremien zustande kam. Es ist weder »schlüssig«, noch ein »Stück Demokratie«, wenn die Schulentwicklungsplanung einzig dem Anwahlverhalten der Eltern und Schüler kommander 7. Klassen überlassen wird. Das ist vielmehr politische Verantwortungslosigkeit.

Bei der Regel »weniger als 40 Anmeldungen heißt keine siebenten Klassen« handelt es sich im übrigen keineswegs um eine Forderung im Gesetz. Über die Klassenstärken entscheidet vielmehr der Bildungsminister mittels Verwaltungsvorschriften, die regelmäßig aktualisiert werden. Dabei ist der Minister verpflichtet, sich an die Vorgaben des Schulgesetzes zu halten. Gerade das aber wurde in den letzten Jahren angesichts der sinkenden Schülerzahlen grob vernachlässigt.

Wie angesprochen war vor drei Jahren die Joachimsthaler Gesamtschule Opfer dieser Vernachlässigung. Diese Schulschließung war ein klarer Verstoß gegen Schulgesetz und Verfassung. Die dann auch noch eingeführten Elternbeiträge für den Schülertransport, stellen einen weiteren Bruch der Verfassung dar.

Statt diese ungesetzlichen Standards nunmehr auch für die Schülerinnen und Schüler in Eberswalde einzufordern, wäre es angebracht, gemeinsam für Einhaltung von Schulgesetz und Verfassung einzutreten. Die Forderung nach kleineren Klassen steht auf der Tagesordnung.

Es gilt, die rigorose Schulschließungspolitik der vergangenen Jahre rückgängig zu machen. Statt weiterer Schulschließungen müßte auf der Agenda eines »schlüssigen Schulentwicklungsplans« des Kreises u.a. stehen, daß die weiterführende Schule in Joachimsthal wiedereröffnet wird.

GERD MARKMANN

In den Wind gesprochen

Eberswalde (bbp). Die Fraktion der SPD hatte die StVV am 1. Juni genutzt, um von der Verwaltung eine Stellungnahme zu dem von der Elterninitiative der Kita »Spatzennest« vorgelegten Betriebskostenvergleich zu erhalten. Der Stadtverordnete Gerd Markmann nutzte die Abgeordnetenfragestunde der StVV-Sitzung vom 22. Juni für einige Bemerkungen zu der von der Verwaltung vorgelegten Antwort:

Zur Erinnerung: die Elterninitiative sprach von möglichen Einsparungen bei Variante 1 (Schließung »Spatzennest«) von 14.000 Euro, Variante 2 (Schließung »Pustebblume«): 43.000 Euro und Variante 3 (Kapazitätsverringering ohne Schließung): 29.000 Euro.

In der Antwort der Stadtverwaltung werden folgende Zahlen genannt: Variante 1: ca. 42.000 Euro, Variante 2: ca. 54.000 Euro. Für Variante 3 wurde keine Berechnung vorgelegt.

Der Unterschied beruht im wesentlichen darauf, daß die Kinder, die bei Schließung einer Einrichtung woanders untergebracht werden müssen, unberücksichtigt blieben.

In den beiden Einrichtungen waren 2005 durchschnittlich 276,5 Plätze belegt. Bei Variante 1 stehen aber nur 180 Plätze in der »Pustebblume« zur Verfügung, d.h. 96,5 Plätze müssen woanders bereitgestellt werden. Bei durchschnittlichen Stückkosten pro belegtem Platz von 220 Euro ergeben sich somit Mehrkosten von abgerundet 21.000 Euro, die von der genannten Einsparung abgezogen werden müssen. Bei Variante 2 sind es 16.800 Euro. Das ergibt folgendes Einsparungspotential:

Variante 1 (Schließung »Spatzennest«): 42.000 – 21.000 = 21.000 Euro. Variante 2 (Schließung »Pustebblume«): 54.000 – 16.800 = 37.200 Euro. Für Variante 3 errechnet sich aus den Zahlen der gegebenen Antwort immer noch eine mögliche Einsparung von ca. 15.000 Euro. Bei den Belegungszahlen vom Dezember 2005 sind es 18.200 Euro.

Auch mit der nun von der Verwaltung zur Verfügung gestellten Berechnungsgrundlage ergeben sich im Variantenvergleich nur relativ geringe Mehreinsparungen durch die erfolgte Schließung in Höhe von 3.000 bis 6.000 Euro. Eine marginale Kostenentlastung für den Haushalt, der eine erhebliche Schlechterstellung der betroffenen Kinder und Eltern gegenübersteht.

Die SPD fragte noch nach den Schlußfolgerungen. Wie es in der Antwort der Verwaltung heißt, standen nicht betriebswirtschaftliche Aspekte im Vordergrund, sondern die Vorgaben »Abbau überhängiger Kita-Plätze« und eine »bestmögliche – weitgehend wohnortnahe Betreuung der Kinder«.

Schlußfolgerung wäre, den Schließungsbeschluß rückgängig zu machen und auf die vorgeschlagene Variante 3 (Abbau von Überhang durch Senkung der Platzkapazität innerhalb der Kita) zurückzugreifen. Insbesondere sollte dies bei möglicherweise künftig nötigem Platzabbau Berücksichtigung finden.

Stadtverwaltung Eberswalde:

Haustarifvertrag soll fortgesetzt werden

Eberswalde (bbp). Die Personalkosten in der Stadt Eberswalde sollen künftig trotz tariflicher Anpassungen und individueller Höherstufungen nicht weiter steigen. Der Planansatz bleibt 2007 sogar unter dem des Vorjahres. Allerdings kostet die Altersteilzeit zwischen 200 und 300.000 Euro, so daß die Zahlen von 2006 wieder erreicht werden. Personalverwaltung und Personalrat gehen davon aus, daß in den nächsten Jahren infolge des Übergangs in den Ruhestand jährlich zwischen 6 und 10 Stellen frei werden, die überwiegend nicht wieder besetzt werden sollen. Allerdings müsse im Rahmen einer zukunftsorientierten Personalplanung die Belegschaft auch durch junge Leute ergänzt werden. Schon jetzt liegt der Altersdurchschnitt der Stadtangestellten bei mehr als 47 Jahren. Dabei sollen künftig insbesondere die Lehrlinge der Stadtverwaltung eine Chance auf Anstellung bekommen. Externe Ausschreibungen sind für Stellen vorgesehen, die eine spezielle Qualifikation erfordern. Zunehmende Bedeutung wird der Weiterbildung der Stadtangestellten beigemessen.

Konkrete und verbindliche Stellenbeschreibungen und Personalplanungen gibt es momentan nicht. Derzeit ist die Personalverwaltung damit beschäftigt, die vorhandenen Stellen zu beschreiben und zu bewerten. Hier sind zum Herbst 2006 Aussagen zu erwarten. Auf dieser Grundlage soll dann eine Personalentwicklungskonzeption erarbeitet werden, die Ende 2007 vorliegen soll. Etwa 40 Stadtangestellte (ca. 8 %) erhalten derzeit eine höhere Vergütung, als ihnen laut Stellenplan zustehen würde. So erhalten z.B. viele der ehemaligen

Amtsleiter, die ihren Posten infolge der Umstrukturierungen verloren, weiter ihr ursprüngliches Gehalt. Nach Vorliegen der Stellenbewertungen soll auch dieses Problem angegangen werden. Dabei hofft der städtische Personalchef auf eine gütliche Einigung mit den Betroffenen, wird aber ggf. auch arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen nicht scheuen.

Der 2007 auslaufende Haustarifvertrag, nach dem die Stadtangestellten eine um 5 % gekürzte Arbeitszeit mit entsprechender Gehaltskürzung haben, soll nach dem Willen der Personalverwaltung und im Einverständnis mit dem Personalrat fortgesetzt werden. Ansonsten würden sich die Personalkosten sofort um 500.000 Euro pro Jahr erhöhen. Über eine weitere, möglicherweise nach Vergütungsstufen gestaffelte Kürzung der Arbeitszeit wird derzeit nicht nachgedacht. Bei der Diskussion ist zu berücksichtigen, daß die Beamten der Stadt vom Tarifvertrag nicht betroffen sind. Deren Arbeitszeit beträgt unverändert 100 %. Allerdings mußten sie per Landesbeschluß Einbußen bei Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld hinnehmen. Ebenfalls nicht betroffen von diesem Haustarifvertrag sind die Erzieherinnen der Kindereinrichtungen. Diese werden schon seit langem nur zu 80 % der Regelarbeitszeit beschäftigt, mit der Klausel, im Bedarfsfall vorübergehend auch länger beschäftigt zu werden.

Der Verlängerung des Haustarifvertrages für die Angestellten der städtischen Verwaltung über das Jahr 2007 hinaus müssen die Stadtverordneten zustimmen. Eine Entscheidung dazu ist im ersten Halbjahr 2007 zu erwarten.

Mehr Verkehr durch Straßenausbau

Protokollnotiz im Ausschuß Bau, Planung, Umwelt

Die städtebauliche Situation in der Erich-Mühsam-Straße ist zur Zeit durch eine Baukante nördlich der Straße geprägt. Die einzelnen Gebäude befinden sich in einem sehr schlechten Zustand. Sie tragen jedoch einerseits zu einer »Raumbildung« bei und erfüllen andererseits den Zweck, daß das anschließende Quartier zur Straße hin abgegrenzt wird.

Mit dem Abriß der Bausubstanz und der vorgesehenen Schaffung von Stellplätzen wird die städtebauliche Situation negativ beeinflusst, da entsprechend der vorliegenden Planung das angrenzende Quartier gänzlich bis zur Schneiderstraße einsehbar sein wird.

Weiterhin gebe ich nochmals zu bedenken, daß durch den Ausbau der Erich-Mühsam-Straße im Zusammenhang mit dem bereits erfolgten Ausbau der Goethestraße künftig mit einem höheren Verkehrsaufkommen zu rechnen sein wird. Hinsichtlich der Belastung mit Feinstaub ist dementsprechend mit einer Zunahme zu rechnen. In der ersten Beratung der

Arbeitsgruppe »Luft« wurde auf eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Luftreinhaltung hingewiesen. So erläuterten die Planer, daß Strauch- und Baumpflanzungen erheblich zur Senkung der Immissionswerte beitragen. Die Beachtung derartiger Erkenntnisse trägt nicht unerheblich zur Steigerung des Wohnwertes des Standortes Innenstadt bei! Aus meiner Sicht wäre es drin-



Mit der bereits fertigen Goethestr. soll die Mühsamstr. Sammelstraße und Zufahrt zum Kreishausparkdeck werden.

gend erforderlich, den Ausbau der Erich-Mühsam-Straße enger mit der Entwicklung des angrenzenden Stadtquartiers in Einklang zu bringen und dabei intensiver städtebauliche Aspekte zu betrachten.

KAREN OEHLER

Not welcome, Mr. President!

Bush und Merkel: Kriege beenden - Kriegsplanungen stoppen!

Wir empfangen US-Präsident Bush bei seinem Besuch am 14. Juli 2006 in Stralsund mit gebührend breitem Protest. Seine arrogante Machtpolitik wird mittlerweile von einem Großteil der Gesellschaft in den USA abgelehnt. Auch hier muß ihm deutlich gemacht werden, daß er nicht willkommen ist.

Von der Gastgeberin, Bundeskanzlerin Merkel, verlangen wir, daß sie keine Kriegsaktionen gegen den Iran unterstützt. Alle bisherigen Versuche, politische Probleme militärisch zu lösen, sind opferreich gescheitert. Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein! Ein Krieg gegen Iran würde nicht nur viele Menschenleben kosten und die Infrastruktur des Landes zerstören. Die Zivilgesellschaft, die in Frieden und frei von Unterdrückung, solidarisch und demokratisch leben will, würde zerschlagen werden. Dennoch läßt die US-Regierung keinen Zweifel daran, den Iran militärisch angreifen zu wollen. Selbst den Einsatz eigener Atomwaffen will sie nicht ausschließen. Widerspruch aus Europa kann diese Pläne verhindern. Die Bundesregierung leistete bereits beträchtliche Hilfe für den Kriegskurs der USA: durch die Nutzung der hier gelegenen Militärflughäfen, durch die Bewachung der US-Militäreinrichtungen; durch den Bundeswehreininsatz in Afghanistan und am Horn von Afrika sowie durch die Ausbildungs- und Materialhilfe für irakische Truppen. Diese Komplizenschaft muß beendet werden!

Die Bundesregierung hat erstmals im Krieg gegen Jugoslawien 1999 das völkerrechtlich verbindliche und im Grundgesetz verankerte Verbot des Angriffskrieges gebrochen. Sie betreibt zielstrebig den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee. Mit dem angekündigten neuen »Weißbuch« des Verteidigungsministers Jung sollen der »Verteidigungsfall« umdefiniert und weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr gerechtfertigt und zum Normalfall erklärt werden. Innenpolitisch begleitet den sog. »Kampf gegen den Terror« ein zunehmender Abbau sozialer Leistungen und demokratischer Rechte. Bald soll die Bundeswehr auch im Inneren eingesetzt werden. Die Fußballweltmeisterschaft dient als erster Probelauf.

Innenminister Schäuble will durch Folter beschaffte Informationen verwerten und so das weltweite Folterverbot durchlöchern. Die US-Regierung braucht die europäischen Staaten als enge Verbündete für ihre »Koalition der Willigen«, um weitere »Kriege gegen den Terror« führen zu können. Aber die Kriege der USA sind selbst Terror und Quelle immer neuer Gewalt. Tatsächlich geht es ihnen um die Kontrolle der wichtigsten Öl- und anderer Energiequellen im Nahen und Mittleren Osten bis nach Zentralasien.

Wir fordern:

- Kein Krieg gegen den Iran
- Abzug der Besatzungstruppen aus Irak und Afghanistan
- Schluß mit der Beteiligung von NATO, EU und Bundeswehr an den Kriegen weltweit
- Bestrafung aller Verantwortlichen für Folter, Mißhandlung von Gefangenen und Angriffen gegen Zivilisten
- Eine Atomwaffenfreie Zone in der Region des Nahen und Mittleren Ostens
- Eine neue internationale Initiative zu weltweiter systematischer atomarer Abrüstung, wie im Atomwaffensperrvertrag festgelegt
- Einrichtung einer ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten
- Keine Kriege um Öl oder andere Ressourcen: Ausstieg aus Atom- und fossiler Energie, Einstieg in erneuerbare Energien

Um die drängenden Probleme der Menschen global friedlich lösen zu können, braucht die Welt keine Kriegsallianzen, wie sie z.B. bei den G8-Gipfeln geschmiedet werden, sondern Abrüstung und solidarische Zusammenarbeit. Wir wollen die Respektierung des Völkerrechts, staatlicher Souveränität und Grenzen sowie ein ziviles und soziales Europa mit der Verpflichtung zur Abrüstung. Wir brauchen vorrangig öffentlich geförderte Arbeitsplätze und Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit und Umweltschutz. Dafür werden wir gemeinsam am 14. Juli in Stralsund, und am 13. bzw. 15. Juli überall im Land demonstrieren!

Kein Blut für Öl!

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.

Mit Knüppeln gegen Sozialproteste

Auf der Demo am 3. Juni in Berlin mußte ich erleben, wie eine – offensichtlich spezielle – Einsatzgruppe der Polizei einen Demonstranten blutig geschlagen hat und sich zu weiteren Gewalttaten anschickte. Vor einer Gruppe von Demonstranten bauten sich 2 Reihen Polizisten auf, angeführt von einem Beamten mit der Nummer 1221. Offensichtlich auf seinen Befehl begannen seine Untergebenen, an ihren Knüppeln zu nesteln. Neben einem Demonstranten, der sich ihnen mit seiner Kamera entgegenstellte, trat ich der ersten Polizistenreihe entgegen mit weit vorgestreckten, nach vorn offenen Händen und dem Ruf »Keine Gewalt«. Von mir befragt, meinte der Anführer, junge Leute wären vermutlich gewesen. Er meinte auch: Wenn so was passiere, dann gäbe es eins drauf. Ich hatte aber keine Vermummten gesehen, nur ein paar junge Leute, die Kapuzen auf hatten, passend zum Regenwetter. Offensichtlich gibt es in der Polizei einzelne Leute, die ich als »Schläger« bezeichnen möchte und denen ich die Masse der Polizisten nicht gleich stelle. Daß sich Demonstranten der Polizei entgegenstellten, war zumindest ein Beitrag dazu, daß sich die zwei Reihen, denen ich gegenübergestanden hatte, bald zurückzogen.

Abgeschafft gehören Polizei-Schikanen wie z.B. »keine Seitentransparente«. Was soll denn hinter einem Seitentransparent geschehen? Selbst wenn sich dahinter jemand nackig auszieht – wäre das schlimm? Das Seitentransparent wirkt als Sichtblende. Auf der Demo 1987 zum Berlin-Jubiläum fuhr auf der Liebknecht-Straße an derselben Stelle ein Nacktei sogar auf einem Festwagen, als Huldigung der bei uns verbreiteten Freikörperkultur. Und wäre jemand vermummt: Gibt es Vermummungen nicht auch beim Rheinischen Karneval? Oder Weihnachtsmänner auf dem Weihnachtsmarkt? Muß da die politische Führung der Polizei des rot-roten Senats in Zukunft darauf achten, sich nicht lächerlich zu machen? Ich glaube ja. Die Bürger demonstrierten gewaltfrei. Von »gewaltfrei« dürfen auch einzelne Polizeiführer nicht abweichen. Und die politische Führung darf ihnen keine Löcher lassen.

Dr. RAINER THIEL

Demo gegen Sozialabbau:

Polizeirepression gegen FAU

Auf der Demo gegen Sozialabbau »Schluß mit den Reformen gegen uns« am 3. Juni in Berlin, an der über 20 000 Menschen teilnahmen, kam es zu massiven Übergriffen der Polizei gegen die FAU. Mehrere Fauistas wurden von den Beamten geschlagen und getreten.

Unsere Vorstellung von einer Demonstration ist es, daß auch Eltern mit Kindern und äl-

tere Menschen mitgehen können. Die Berliner Polizei scheint das anders zu sehen. Nach wenigen 100 Metern stoppte sie uns, und versuchte, das Frontransparent (»Endlich in die Offensive – revolutionäre Gewerkschaften überall«) zu beschlagnahmen. Zum wiederholten Male wurde die grundgesetzliche Verankerung der Koalitionsfreiheit von ArbeiterInnen im

wahrsten Sinne des Wortes von der Berliner Polizei mit Füßen getreten.

Sowohl die absurden Auflagen – z.B. gegen größere Transparente – wie auch die ständigen Polizeiprovokationen gegen die DemonstrationsteilnehmerInnen stellen einen Eingriff in die Demonstrationsfreiheit dar, den wir nicht hinnehmen können. Wir werden auch weiterhin Transparente machen wie es uns paßt. Wir lassen uns nicht einschüchtern und nicht kriminalisieren.

Freie ArbeiterInnen Union (FAU)

Solidarisch teilen – Arbeitszeit verkürzen!

Ein Gespenst geht um in Deutschland – Die Arbeitslosigkeit!

Wirtschaftswachstum soll das Gespenst auflösen, meinen Politiker seit fünfzehn Jahren. Warum ihr Sitz im Bundestag? Müßte nun das Wachstum größer werden? Manche Konzerne schaffen heute schon zehn Prozent. Der Export boomt. Und was kommt raus?

»Konzerne fahren Rekordgewinne ein – doch der Jobabbau geht weiter«. So steht es heute schon in Zeitungen. Innovation, Rationalisierung, Arbeitsstreß machen auch bei Wirtschaftswachstum Menschen arbeitslos. Sechs Millionen suchen Arbeit, doch sie finden keinen Arbeitsplatz. Sie gucken in ein Riesenloch, wo früher Arbeitsplätze waren. Zehn Millionen aber haben Angst vor diesem Loch und akzeptieren Arbeitszeit-Verlängerung. Doch das schafft noch mehr Arbeitslose. Das Loch im Pool der Arbeitsplätze wird immer tiefer, der Berg von Länger-Arbeit und Überstunden wird immer höher. Je höher der Berg, desto tiefer das Loch. Ein Riesenloch gähnt neben Riesenberg.

Konzerne werden nicht nur reich davon, sie bringen auch die Menschen in Gegensatz zueinander: Arbeitslose und Arbeitsplatz-Inhaber. Besonders kraß wird der Gegensatz zwischen Arbeitslosen und Arbeitszeit-Verlängern. Bei Länger-Jobbenden sinken die Löhne pro Stunde, bei Erwerbslosen steigt der Frust. Manager der Konzerne aber verdienen 50.000 bis 900.000 Euro, pro Monat. Leidtragende sind auch Handwerker und Kleinunternehmer, denn das Geld der Kunden – der Lohnabhängigen und der Kommunen – wird immer knapper. Die Spirale dreht sich nach unten.

Doch in Wirklichkeit ist alles viel schlimmer: Erwerbslos zu werden, Wohnungen und Sparkonten den Behörden zu öffnen, den Kindern Spielzeug zu versagen und kein Geld mehr für Bildung und Geselligkeit oder den Sportverein zu haben – davor haben alle, alle Angst. Deshalb fügen sie sich (bisher) den Forderungen nach längeren Arbeitszeiten, und so helfen sie, noch mehr Leute zu entlassen. So bleibt Erwerbslosigkeit auf hohem Niveau.

Wir brauchen eine Wende!

Erwerbslosigkeit bedeutet menschliches Elend für viele Millionen und deren Familien, Verlust von bürgerlichen Rechten. Die Menschenwürde – unantastbar laut Grundgesetz –

wird mit Füßen getreten. Die Bundesrepublik zerstört ihre Verfassung. Perspektivlosigkeit breitet sich aus. Resignation wächst. Verzweiflung kann umkippen in Gewalt und Kriminalität. Spiralen drehen sich nach unten.

Können wir die Spirale umkehren?

Wenn schon Innovation und Rationalisierung, was Menschen überflüssig macht: Dann muß die Regel-Arbeitszeit verkürzt werden wie schon in den achtziger Jahren. Dann macht auch Innovation wieder Sinn. Dann werden immer wieder Arbeitsplätze frei für die Geschädigten des Marktes, die Erwerbslosen, die arbeiten wollen, aber von den Behörden gedemütigt werden.

Arbeitslosigkeit ist teuer, z.Z. mehr als 18.000 Euro pro Jahr und Arbeitslosen. Allein schon dieses Geld könnte benutzt werden, um den Geringverdienern bei 30-Stunden-Woche Lohnausgleich zu zahlen. Dazu die Ausfälle an Steuern und Sozialbeiträgen. Wenn alle 30 Stunden arbeiten und Werte schaffen, wenn die Unternehmen ordentlich Steuern zahlen, dann ist genug Geld da für garantierten Mindestlohn, für Mindestlohn auf hohem Niveau.

Niemand mehr braucht Angst zu haben, jeder hat genug, um anständig leben zu können. Und alle gewinnen. Alle haben endlich Zeit für Ehepartner, Lebenspartner und Kinder, Zeit für Bildung, Hobby, Sport. Wer will wird endlich Muße haben, seinen künstlerischen, wissenschaftlichen oder politischen Neigungen nachzugehen? Heute hat manch einer Geld, doch keine Zeit. Doch Zeit ist mehr als Geld. Zeitwohlstand macht glücklicher als Geld:

Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen. Freizeit ist Reichtum. Lebensfreude durch reichlich Freizeit.

Die Erpreßbarkeit der Lohnabhängigen würde erheblich vermindert. Neue Horizonte tun sich auf. Und unsre Gesundheit? Niemand würde künftig durch Angst und Frust und Arbeitshetze krank gemacht. Das wäre die Gesundheitsreform, die wir brauchen. Endlich würden wieder mehr Kinder geboren. Und wer nur Sinn für Geld und nur für Geld hat? Auch dieser Bürger wird bedient: Selbst seine Rente wird unangreifbar mit mehr Jugend. Politiker kämen aus den Sackgassen heraus. Man würde ihnen Denkmale setzen.

Das Leben würde wieder Freude machen.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung verkündete schon vor langer, langer Zeit (am 14. Dezember 1998):

»Die hohe Arbeitslosigkeit ist das größte Problem in Deutschland. Zum einen drückt sie diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Zum anderen stellt sie unser soziales Netz auf eine harte Belastungsprobe. Denn da schlagen nicht nur die Milliardenbeträge zu Buche, die für die finanzielle Unterstützung der Arbeitslosen gezahlt werden, sondern auch die Summen, die in den Sozial- und Steuerkassen fehlen..... nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf knapp 166 Milliarden Mark....«

Financial Times Deutschland schrieb sechs Jahre später (am 8.11.04): »Es war bislang Ziel der Regierung, mit den Hartz-Gesetzen Langzeitarbeitslosen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern – durch sanften Druck, aber auch durch flexible Regelungen wie die Mini- und Midijobs. Damit, so die Hoffnung, könne möglicherweise schon bei niedrigerem Wirtschaftswachstum Beschäftigung entstehen. Die Arbeitszeitverlängerung führt diesen Ansatz nun ad absurdum: Bei einer um zehn Prozent längeren Wochenarbeitszeit können die Firmen zehn Prozent mehr herstellen, ohne neue Beschäftigte einzustellen. Die Wirtschaft müßte demnach um zehn Prozent wachsen, bevor die Mehrarbeit einen einzelnen Arbeitslosen in Lohn und Brot bringt. Eine pauschale Verlängerung der Wochenarbeitszeit würde es also den Arbeitslosen gerade in jenem Moment unmöglich machen, eine Stelle zu finden, in dem der Druck auf sie erhöht wird, sich selbst um ihren Lebensunterhalt zu kümmern. Eine solche Politik wäre nicht nur perfide, sie würde auch die Langzeitarbeitslosen weiter demotivieren und damit die Arbeitslosigkeit zementieren.«

Also: ArbeitFairTeilen!

Ausführlicher: www.Arbeitfairteilen.de einer Attac-nahen Gruppe und www.thiel-dialektik.de (dort Publikationsfeld 8)

Beachte auch »Bremer Arbeitszeitinitiative« als eine Kooperation von: Arbeitnehmerkammer Bremen (www.arbeitnehmerkammer.de) mit DGB, IGM, ver.di, BAU, NGG, GEW, GP, BCE, TRANSNET, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Attac.

Die beste Art, eine Wende zu schaffen!

Dr. RAINER THIEL

Sozialticket in Brandenburg

Zepernick (bbp). Der SPD-Unterbezirksparteitag hat sich am 29. Mai dem Antrag der AfA Barnim zur landesweiten Einführung des Sozialtickets angeschlossen (vgl. BBP 6/2006). Der Landesparteitag der SPD Brandenburg wird am 1. Juli über den Antrag entscheiden. Nach den Jusos und den Ortsvereinen Pankeetal und Eberswalde, stellten sich auf ihrer Versammlung am 26.6. auch die Mitglieder der SPD Finow einmütig hinter den Antrag.

AG Umwelt berät über Wachstum und Neuwahlen

Eberswalde (agu). Die nächste Beratung der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim findet (fußballbedingt) erst am 7. Juli, 17.30 Uhr, im Café am Weidendamm in Eberswalde. Diskutiert werden sollen u.a. Positionen der Landes-AG Umwelt zum Wachstum, die Pläne zum Bau von Atomkraftwerken in Polen und aktuelle Aufgaben im Zusammenhang mit dem Klimabündnis und der Gentechnik in der Landwirtschaft.

Außerdem werden die AGUler erste Gedanken zu inhaltliche Forderungen im Zusammenhang mit der über kurz oder lang bevorstehenden Neuwahl des Eberswalder Bürgermeisters diskutieren. Danach wird die AGU mit ihren Beratungen wieder im gewohnten Rhythmus am letzten Freitag des Monats, jeweils 17.30 Uhr, im Café am Weidendamm weitermachen. Die Juli-Beratung findet demnach am 28. Juli statt.

Dienstleister oder Aufsichtsbehörde?

Kunde oder Höriger?

zur Praxis des Umgangs von Behörden mit Bürgerinnen und Bürgern

Jeder Landrat ist stolz darauf, dem Bürger zu dienen. Er sagt das auch oft und laut. Er bezeichnet die von ihm geleitete Behörde, die Kreisverwaltung, als eine Einrichtung, die sich den Dienst für den Bürger auf die Fahnen geschrieben hat. Nicht anders ist es mit Gemeinde- und Amtsverwaltungen und auch Zweckverbänden. Jedem fallen dazu auch ein paar Dienste ein, etwa die Müllentsorgung, die Wasserversorgung oder auch Schornsteinfegerleistungen.

Diejenigen, die schon lange nicht mehr mit Holz und Kohle heizen werden sich fragen, ob denn bei einer Gas- oder Ölheizung der Schornsteinfeger noch gebraucht wird, denn es gibt ja nur noch ein Abgasrohr und zudem einen Wartungsvertrag mit einem Fachbetrieb, der jedes Jahr nach dem rechten sieht. Wenn hier der Schornsteinfeger tätig wird, dann ist er nicht mehr Dienstleister sondern Aufsichtsbehörde. Er darf für seine Kontrolltätigkeit, z.B. eine Emissionsmessung, nur dann ein Entgelt, eine Gebühr verlangen, wenn er einen Mangel festgestellt und einen Mängelschein erstellt. Der Mangel ist dann innerhalb einer angemessenen Frist zu beheben. Das macht der Fachbetrieb, nicht der Schornsteinfeger!

Allerdings kassieren Schornsteinfeger auch dann, wenn kein Mangel gefunden wurde. Jeder weiß das. Fast alle akzeptieren das. Aber darf er das überhaupt? Fragen wir das Gesetz:

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) § 52 Überwachung Absatz 4:

»Kosten, die durch Prüfungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entstehen, trägt der Antragsteller. Kosten, die bei der Entnahme von Stichproben nach Absatz 3 und deren Untersuchung entstehen, trägt der Auskunftspflichtige.

pflichtige. Kosten, die durch sonstige Überwachungsmaßnahmen nach Absatz 2 oder 3 entstehen, trägt der Auskunftspflichtige, es sei denn, die Maßnahme betrifft die Ermittlung von Emissionen und Immissionen oder die Überwachung einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage außerhalb des Überwachungssystems nach der Zwölften Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; in diesen Fällen sind die Kosten dem Auskunftspflichtigen nur aufzuerlegen, wenn die Ermittlungen ergeben, daß

1. Auflagen oder Anordnungen nach den Vorschriften dieses Gesetzes oder der auf dieses Gesetz gestützten Rechtsverordnungen nicht erfüllt worden oder

2. Auflagen oder Anordnungen nach den Vorschriften dieses Gesetzes oder der auf dieses Gesetz gestützten Rechtsverordnungen geboten sind.«

Das Gesetz spricht eine klare Sprache: Wenn alles »im Lot« ist, dann sind die Kosten nicht auf den Bürger umzulegen. Wenn der Schornsteinfeger aber nun doch kassiert? Ist das rechtens? Nach Gesetz nicht! Darf ich das so sagen? Habe ich mich durch die Bekanntgabe eines Paragraphen eines Bundesgesetzes etwa eines Geheimnisverrats schuldig gemacht? Habe ich am Schornsteinfegermonopol gerüttelt?

Die Schornsteinfegerinnung scheint dieser Auffassung zu sein. Sie haben einen Bürger, der das vor mir getan hat, auf Unterlassung solchen frevelhaften Tuns verklagt (siehe 33. Zivilkammer des Landgerichts Berlin, Tegeler Weg 17-21, 10589 Berlin oder lesen Sie »Aktuelles« im Internet bei www.paul-aus-petershausen.de).

JOHANNES MADEJA,

Spülen oder nicht spülen?

Aufgrund großer Trockenheit sind sie Bürger der Stadt London seit April zum verringerten Wasserverbrauch verdonnert worden. Londons Bürgermeister, Ken Livingstone, geht mit »gutem« Beispiel voran. Er spült seit 15 Monaten nach dem Wasserlassen sein Klo nicht mehr und appelliert an die Bürger Londons, es ihm gleich zu tun, da London sonst bald kein Wasser mehr habe... So heißt es in einer Meldung, die ich in einem Anzeigenblatt fand.

Was sich wie ein Aprilscherz liest ist traurige Wirklichkeit. Die Londoner haben nämlich ihren kommunalen Wasserbetrieb »Thames Water« an einen international tätigen Konzern verkauft, das heißt privatisiert. Die Folgen sind fatal. Der Käufer RWE, Sitz in Deutschland, will durch den Verkauf von Wasser Profit machen. Die Kosten für Werterhaltung und Instandhaltung werden gespart. Das marode,

löcherige Leitungsnetz müßte erneuert werden. Zu teuer! Es ist billiger, noch mehr Wasser einzuspeisen und dafür sogar ein neues Wasserwerk in Betrieb zu nehmen, um die Leckverluste – tausende Kubikmeter täglich – auszugleichen. Damit die Rohre noch eine Weile halten wird kurzerhand der Druck abgesenkt mit der Folge, daß Bewohner oberer Stockwerke oft gar kein Wasser haben. Der niedrigere Absatz wird einfach durch höhere Preise ausgeglichen.

Wie das geht, haben inzwischen auch die Berliner gemerkt, nachdem der Senat seine Wasserwerke zur Hälfte verkauft hat – mit vertraglich gesicherter Gewinngarantie für den Käufer, die französische VEOLIA. So kann der vormalige Gewinnbetrieb sogar zum Verlustgeschäft werden, trotz steigender Kosten für die Bürger. Deshalb: Wasser in Bürgerhand - W!B!

JOHANNES MADEJA

Wasser in Bürgerhand – W!B

Gerichtsurteile verstehen

Am 30.9.2004 fanden vor dem Amtsgericht Verhandlungen gegen zwei Finowfurter Bürger wegen angeblicher Ordnungswidrigkeit statt. Anzeige hatte der ZWA Eberswalde erstattet. Den beiden wird vorgeworfen, ihre Grundstücksentwässerungsanlagen nicht ordnungsgemäß, d.h. ordnungswidrig, entsorgt zu haben. Der ZWA, der die Bußgeldbescheide ausgefertigt hat, fordert, daß die Anlagen ausschließlich durch ein von ihm vorgegebenes Unternehmen zu entsorgen sind. Beide Beschuldigte hatten in den Jahren 2002 und 2003 ihre abflußlose Grube/Kleinkläranlage durch ein Unternehmen ihrer Wahl leeren lassen.

Der Rechtsanwalt der beiden verwies darauf, daß die Entwässerungssatzung des ZWA durch Beschluß des OVG Land Brandenburg im Ergebnis eines Normenkontrollverfahrens am 22.05.2002 aufgehoben wurde. Am 11.11.2002 wurden neue Satzungen veröffentlicht, gegen die ebenfalls Normenkontrollverfahren anhängig sind. Die Rechnungen über erfolgte Abfuhr wurden vorgelegt und zu Protokoll genommen.

Auf dieser Grundlage beantragte der Rechtsanwalt, daß die Bescheide für 2002 aufzuheben sind wegen nicht rechtswirksamer Satzung und damit fehlender Ermächtigungsgrundlage. Die Bescheide für 2003 seien ebenfalls aufzuheben. Selbst wenn davon ausgegangen wird, daß die neue Satzung rechtswirksam ist, ergingen die Bescheide zu früh, denn es war noch 10 Monate Zeit, entsprechende Aufträge zu erteilen.

Das Gericht folgte den Anträgen und faßte den Beschluß, die Bußgeldverfahren einzustellen. Eine neue Satzung könne nicht rückwirkend bußgeldwirksam werden, begründete das Gericht seine Entscheidung. Die Entscheidung des Gerichts stützt sich ausschließlich auf die Nichtigkeit der Satzung. Es bleibt offen, wie das Gericht bei rechtsgültiger Satzung entschieden hätte. Grundsätzliche Erwägungen dahingehend, daß der Besitzer des verschmutzten Wassers hinsichtlich der Verwendung/Entsorgung frei ist in seiner Entscheidung bzw. das Nichtvorliegen eines Bußgeldkataloges zur Satzung gab es nicht.

Die Entscheidung des Gerichts hindert den ZWA nicht daran, gestützt auf die am 11.11.02 veröffentlichte Satzung, neue Bußgeldbescheide zu versenden. Natürlich sind auch diese Bescheide rechtswidrig, denn die Erhebung eines Bußgeldes ist ein hoheitlicher Akt, der über die Kompetenzen eines Dienstleisters – nichts anderes ist ein Zweckverband – weit hinausgeht. Dies stört die Verbände jedoch nicht, denn die Mehrzahl der Bürger kuscht, pariert und zahlt. Das ist bequemer, als zu kämpfen, und hat den »Vorteil«, daß man eine Zeitlang Ruhe hat – bis zum nächsten Bußgeldbescheid.

Das Gericht hat die »hoheitliche Tätigkeit« des ZWA offenbar als zulässig anerkannt. Deshalb erging die Kostenentscheidung nicht zu Lasten des ZWA sondern der Staatskasse.

JOHANNES MADEJA

Landkreise im Osten Deutschlands, die bis 1990 Agrarüberschüsse nach Berlin exportierten, sind heute noch zu 30% Selbstversorger mit Grundnahrungsmitteln wie Fleisch, Eiern, Kartoffeln, Getreide, Gemüse. Von den leckeren Südfrüchten will ich ja gar nicht reden. Aber da in Deutschlands Osten die regionalen Öl-, Gas- und Kohlevorkommen nicht so üppig sind und auch die Industrieproduktion in genannten Landkreisen recht tapfer von Gießkannen über Kerne auf inzwischen ebenso topmoderne wie seltene Leuchttürme umgestellt wurde, bleibt ohne die Agrarproduktion kaum noch ein Feld der gesellschaftlichen Wertschöpfung übrig, auf welchem man zukünftige Ernten erwarten könnte. Wie sich inzwischen in den immer zentraleren Standorten der öffentlichen Hand zeigt, kann der Niedergang von Regionen allein mit üppigem Beamtenold nicht einmal schwach gebremst werden.

Kurzzeitig schien man sich auf die hilfreiche Rolle der Medien besonnen zu haben und inszenierte eine Durchhalte-Kampagne für den Aufschwung, was vielleicht ein wenig an die verzweifelten Regentänze der Schamanen erinnert, aber noch ein gewisses Echo in der Masse fand. Aber inzwischen reichte offenbar auch dafür das Budget nicht mehr und man stellte um auf möglicherweise bei der Treuhand billig aufgekaufte alte SED-Erfolgsmeldungen im Kampf gegen die bösen vier Jahreszeiten.

Es sind laut DLF-Presseschau vom 30. April nur noch sehr wenige deutsche Zeitungen, die ernsthaft an Frau Merkels Leistung zweifeln, endlich den verspäteten Frühling und damit die eigentlich märztypische Belebung auf dem Arbeitsmarkt klug herbeiregiert zu haben. Und

...und der Zukunft zugewandt

von Peter Spangenberg

so auffällige Medien wie die SZ werden sich wohl bald der herrschenden Meinung anschließen müssen, um sich nicht linksradikaler Gesinnung verdächtig zu machen. Bald werden wir sicher wieder begeistert lesen, wieviele Bauern schon wieder heldenhaft den genialen Plan von Partei und Regierung erfüllt und auch heute wieder alle Kühe gemolken haben.

Spätestens dann ist Westdeutschland endgültig bei uns angekommen, wenn auch nur virtuell. Denn die Leute neigen nicht nur dazu, ihren Arbeitsplätzen hinterherzuwandern. Sie sind auch ganz gern dort, wo noch genug Futter wächst. Der ostdeutsche Unterversorgungsgrad mit eigenen Grundnahrungsmitteln gibt also klar den Westwanderungsdruck an. Früher sagte man vielleicht: Ihr habt die Zukunft in Eurer Hand! Doch heute sollte man dabei eher an die Beine denken!

Die schönsten Beine sind übrigens schon weg, sagt die Statistik. Heidelberg hat inzwischen anderthalb junge Frauen für jeden jungen Mann, während in Ostdeutschland jeder fünfte Bursche leer ausgehen dürfte – wenn er trotzdem da bleibt, wo ihn keiner will. Selbst im PISA-Test durchgefallenen Männern wird das irgendwann auffallen. Mit anderen Worten: Es wird gerade die gesamte DDR auf der Landkarte langsam nach Südwesten verschoben, um den Geburtenrückgang aus Zeugungsunfähigkeit und -unwilligkeit dort fast auszugleichen, während die ostdeutschen letzten

Leuchttürme wahrscheinlich in 25 Jahren alleamt abgeschrieben sind.

Was haben die Naturschützer der DDR sich über die ersten neuen Reservate gefreut. An einen gigantischen menschenleeren Nationalpark nordöstlich der Linie Bremen-Magdeburg-Zittau hat sicher niemand gedacht. Wer weiß – vielleicht kommt es im Rahmen der EU-Osterweiterung sogar zu einem eurasischen Kontinentalpark, denn auch die Polen und Tschechen haben inzwischen ganz brauchbare Autos und ahnen, wo es sich angenehmer leben lässt. Russland ist ja bereits in weiten Landesteilen wie leergefegt. Alternativ kann sich vielleicht auch mancher für ein extrem billiges Open-Air-Atomüll-Endlager in der einwohnerfreien Mark Brandenburg erwärmen oder für Europas größten zusammenhängenden Windenergiepark Ost, ja vielleicht auch für ein Besiedelungsprojekt mit genügsamen und winterharten Jakuten, Mongolen und Chinesen.

Da diese wilden Stämme vermutlich komplett die Abwassergebühren verweigern und auf den Anschluß- und Benutzerzwang unseres ZWA Eberswalde pfeifen dürften, hat außer der Bürgerbewegung Kommunalabgaben Barnim hier wohl langfristig gesehen keine andere politische Kraft nennenswerte Zukunftsaussichten. Ich wünsche den Herren und Damen Volksvertretern auf allen Ebenen weiter viel Erfolg beim Abwickeln aller störenden Strukturen, Regionen und Immobilien.

Bürgerstiftung Barnim Uckermark

Auf den Weg gebracht

Auf der Stiffterversammlung am 8. Juni in Eberswalde haben die anwesenden Stifter/-innen beschlossen, die bisherige treuhänderisch verwaltete Stiftung aufzulösen und gleichzeitig die Bürgerstiftung Barnim Uckermark als rechtsfähige Stiftung neu zu errichten.

Durch die Stiffterversammlung wurden Prof. Dr. Viktoria Enzenhofer, Susanne Meyer, Friederike Creutziger, Johanna Funk, Gerhard Popien, Hans-Jürgen Klinder und Michael Ahlers in den Vorstand der neuen Stiftung gewählt. Die Mitglieder des Vorstandes haben auf der ersten Sitzung Viktoria Enzenhofer zur Vorsitzenden und Gerhard Popien zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes bestimmt. Uta Leichsenring, Anetta Kahane und Christian Petry wurden durch den Vorstand in den Stiftungsrat bestellt.

Mit der Selbständigkeit der Bürgerstiftung wird sich einiges ändern. Wir haben den Namen der Stiftung leicht verändert und unsere Eigenschaft als Bürgerstiftung stärker in den Mittelpunkt gestellt.

Apropos: Wir wollen und müssen deutlicher als bisher um neue Stifter und Spender werben.

Die Gewinnung von Stiftern und Spendern kann dabei nicht nur durch den Vorstand erfolgen – hier bitte ich auch um Ihr tatkräftiges Engagement.

Nutzen Sie doch Ihr nächstes Grillfest im Garten, um über die Bürgerstiftung zu erzählen. Berichten Sie Ihren Freunden, Nachbarn oder Kollegen von unserer gemeinsamen Idee, eine regionale Stiftung von Bürgern für Bürger aufzubauen.

ANDRÉ KOCH

Vertreterwahl bei WBG

Eberswalde (bbp). »Die Selbstbestimmung unserer Genossenschaft durch die Mitbestimmung aller Mitglieder ist neben den Prinzipien Selbsthilfe bzw. Gemeinschaftshilfe und Solidarität sowie Gleichbehandlung aller Genossenschaftler einer der wesentlichen Unterschiede einer Genossenschaft gegenüber anderen Wohnungsunternehmen bzw. Vermietern.« Mit diesen Worten luden die beiden Vorstände der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow e.G. (WBG) Horst Gerbert und Ursel Graeber die Genossenschaftsmitglieder zur Wahl der Vertreterversammlung ein. Aufgrund der Größe der WBG werden die Mitbestimmungsrechte der Genos-

sen durch gewählte Vertreter wahrgenommen. Nach der gültigen Satzung entsenden jeweils 100 Genossenschaftler einen Vertreter in die Vertreterversammlung. Durchgeführt wurde die Wahl in Form einer Briefwahl.

Der Mitbestimmung durch die Vertreter unterliegen alle grundsätzlichen Fragen und Belange der Genossenschaft. Dazu gehören z.B. die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Wahl des Aufsichtsrates. Über 4600 Wohnungen (Reihenhäuser, monolithische Mehrfamilienhäuser, Plattenbauten) sind Eigentum der WBG. Sie verteilen sich über das gesamte Gebiet der Stadt Eberswalde.

Die Hälfte des Wohnungsbestandes wurde in den letzten Jahren mit viel Mühe und Geschick einer Teil- bzw. Vollsanierung unterzogen und stellt in unterschiedlichen Wohnanlagen ein gutes Angebot dar. Zum großen Plus der WBG zählt eine eigene Reparaturabteilung, die rund um die Uhr auch in Havariefällen zur Verfügung steht.

Die Stimmabgabe erfolgte vom 19. bis 23. Juni. Der WBG-Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern, die sich an der Wahl beteiligten und insbesondere bei jenen Genossenschaftlern, die sich bereit erklärten als Vertreter zu kandidieren.

Spendenübergabe für Klimabündnis **Elfter Umweltpreis**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Vertreter der Stadt Eberswalde, wertere Gäste. Wir wollen heute ein Versprechen einlösen: die Übergabe der Spende von AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim, dem Kreisverband Barnim der Bündnisgrünen, dem Energiesparkontor Barnim e.V. und der Lokalen Agenda 21 Eberswalde e.V. für den Wiedereintritt der Stadt in das »Klima-Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder (Alianza del Clima e.V.)«.

Das Klimabündnis setzt sich für die Verringerung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen in den Industrieländern und den Schutz der Tropenwälder ein. Aufgabe und Ziel dieses Bündnisses ist, daß jede Stadt mit den hier tätigen Unternehmen und den Bürgern ihren eigenen Beitrag dazu leistet, denn ohne zusätzliche Maßnahmen werden sich die emittierten Treibhausgase bis 2010 nicht verringern, im Gegenteil: die energiebedingten Emissionen – also insbesondere Kohlendioxid – werden sogar leicht ansteigen. Dieser Trend gilt für die Stadt Eberswalde ebenso.



Und gerade deshalb macht die Mitgliedschaft im Klimabündnis Sinn.

Es ist für die Initiatoren nicht nachvollziehbar, daß an einem Jahresbeitrag von rund 250 Euro die Konsolidierung des städtischen Haushaltes hängen sollte und hoffen mit unserer Spende den Anstoß gegeben zu haben, daß im nächsten Jahr dieser Beitrag wieder in den städtischen Haushalt aufgenommen wird.

RAINER NAUMANN

Anläßlich des Weltumwelttages am 5. Juni schreiben Bündnis 90/Die Grünen wieder den Barnimer Umweltpreis aus. Prämiert werden besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz der Natur, bei der Verbesserung unserer Umweltsituation und in der Umweltbildung. Die Preissumme von 750,- Euro wird von dem Eberswalder Stadtverordneten Andreas Fennert und dem Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen gestiftet.

Die Preisträger im letzten Jahr waren der gemeinnützige Verein »Institut für Naturschutz und Nutztierrökologie e.V.«, das Projekt »Moore-Pumpe« der Oberschule Mitte Eberswalde und das Netzwerk Panketal.

*KARL-DIETRICH LAFFIN,
Sprecher des Kreisverbandes*

Brot-Geschichten

Das war ein Erlebnis am 24. Mai im Gemeindezentrum. Der Nachmittag mit Senioren, gedeckter Tafel und fröhlichen Liedern widmete sich dem Thema »Von der Feuerstelle der Urzeit zum Vaterunser in der Neuzeit«. Strahlende, voller Erwartung schauende Augen, richteten sich auf Hartwin Schulz. Mit einem fröhlichen Lied »Es klappert die Mühle...« versetzte er alle Anwesenden in eine sehr weit zurückliegende Zeit. Er gratulierte Frau Kupitz zum Geburtstag. Von den goldgelben, duftenden Schürzkuchen auf der Kaffeetafel kam er zu den Römern, welche bereits vor 2000 Jahren fettgebackene Produkte aßen.

Mit einem auf einem Feldstein gebackenen, wie in der Urzeit der Menschheit vor 5000 Jahren, dem sogenannten Becherbrot aus Getreidebrei, begann der Bäckermeister Karl Dietrich aus Eberswalde die Entwicklung der Brotes aus der Feuerstelle der Jäger und Sammler, über den heutigen Feldsteinbackofen bis zur Großproduktion in Backbetrieben darzustellen.

Eine Vielzahl von Modellen, Bildern und Anschauungstafeln hatte er dafür bereitgestellt.

Wir empfanden Dank für all die Mühen, die die Landwirte, Müller und Bäcker u.a. in den Jahrtausenden zum Entstehen des heutigen Brotes beigetragen haben. Der Dank gilt auch besonders den Frauen, die zu jeder Zeit der Entwicklung großen Anteil am Backen der Brote hatten. Wir hörten Sagen und Geschichten aus dem Leben und Wirken der Bäcker.

Leider war die Zeit zu kurz. Wir hätten noch gerne die Geschichte vom »Geist Theo aus Danewitz«, dem märkischen Backofendorf gehört.

Nach einem informativen Gespräch über den »Singenden Mann« von Ernst Barlach bendeten wir einem Vater Unser den erlebnisreichen Nachmittag. Wir sagen Hartwin Schulz, Frau Francisco Joao und Schönefeldt herzlichen Dank. Macht bitte weiter so.

STEFFI BUGDAHN

Das Brandenburgische Viertel

Mich interessiert, sehr geehrte Stadtverordnete, wie Sie zum Brandenburgischen Viertel in Eberswalde stehen. Dieser große Neubaugeteil heißt ja nicht nur so, dort wohnt auch rund ein Viertel der Bürger von Eberswalde.

Das Brandenburgische Viertel hat schon viel erlebt. Ein Teil der Wohnungen, Schulen und Kitas wurde abgerissen, aber die Fassaden der verbliebenen Gebäude wurden stilgerecht verschönt, auch einige neue Gebäude sind entstanden. Die Grünanlagen sind nicht nur weiträumig, so daß die Bürger frei atmen können, sie sind auch in Ordnung. Die Bäume aus der Gründungszeit sind herangewachsen. Sie wurden vor zwanzig Jahren im kargen Sand von Bürgern und Gärtnern gewässert und gepflegt; sie stehen jetzt den Wohnblöcken als Schmuck zur Seite.

Der Potsdamer Platz in der Mitte ist zum schönsten Zentrum geworden, das eine Neubaugeteil haben kann, schöner als der zentrale Platz in Eisenhüttenstadt, das unter Denkmalschutz steht wie übrigens auch Wolfsburg im fernen Niedersachsen. Feinsinnige, kultivierte Bürger aus dem Westen der Bundesrepublik haben dem Sinn für Denkmalschutz von Neubaugestädten Wirkung verschafft. Wollen Sie, sehr geehrte Abgeordnete, diese kompetenten Bürger nicht auch ins Brandenburgische Viertel, rufen? Können Sie sich vorstellen, in ihrem Ruf hinzuweisen auf den schönen Potsdamer Platz? Mittelpunkt der Wohnstadt und dennoch nah dem Waldrand? Wie dieser Platz eine Einheit bildet mit einer Promenade, einer breiten Achse mit erwachsen gewordenen Linden zwischen hochstämmigen Kiefern aus der Vor-

zeit, rechts und links gesäumt von Wohnhäusern und Schulen?

Wie bewerten Sie, geehrte Abgeordnete, daß dort am zentralen Platz freundliche, hübsche, moderne Schulen angeordnet sind für alle Jahrgänge der Jugend zwischen Kindergarten und Hochschulreife? Schulen, wo andersorts in Städten Behörden und Hotels stehen? Wie bewerten Sie den seltenen Fall: Ein solches Stadtzentrum mit Bildungshäusern? Meinen Sie nicht, das dürfte in Deutschland selten sein? Vielleicht einmalig? Geschuldet dem Willen arbeitender Menschen, denen es freigestanden hätte, keimendes Leben abzutöten? Ein Stadtteilzentrum für lernende Jugend? Meinen Sie nicht, das müßte komplett erhalten werden? Meinen Sie nicht, daß Abriß teurer werden würde als ein engagierter Hausmeister, der zugleich auch als Gärtner fungiert? Wollen Sie den Hausmeister ins Heer der Arbeitslosen werfen, statt ein Vorbild für die jungen Leute sein zu dürfen, die doch unsere Werte schätzen lernen sollen? Meinen Sie nicht, daß das ganze Stadtviertel samt Kaufhallen, Sparkasse und evangelischem Gemeindezentrum sterben könnte, falls den heranwachsenden Wählern demonstriert würde: Hier seid Ihr nicht erwünscht. Am Orte Eurer Kinderjahre habt Ihr keine Heimat mehr.

Meinen Sie nicht, verehrte Abgeordnete: Ehe wir die Jugend weggehen lassen nach Bayern oder Indien: Wir müssen hier am Ort, in Eberswalde, unsren Bürgern Heimat gewähren? Sind Sie, verehrte Abgeordnete, bereit, sich schützend vor die Jugend zu stellen?

Dr. RAINER THIEL

Die anonyme Macht des Kapitals beeinflusst heute alles und jeden. Dabei ist es egal in welche Bereiche des täglichen Lebens man blickt. Parteien, Vereine, Verbände, Agenturen, Behörden, Regierungen unterliegen ihr und damit natürlich jeder einzelne von uns.

Zum Leidwesen des Großteils der Bevölkerung paßt sich die Gesellschaft den Bedürfnissen der Kapitaleigner an. Jene bilden eine sogenannte Gemeinschaft, die Gemeinschaft der Kapitalisten. Dem entgegen steht die Gemeinschaft der abhängig Beschäftigten oder kurz der Arbeiter. Im Gegensatz zu der öffentlich propagierten Meinung haben diese beiden Gemeinschaften nicht die gleichen Interessen. Diese unterschiedlichen Interessen kann man am Beispiel des Pendelns von Arbeitnehmern zum Arbeitsplatz sehr gut verdeutlichen. Mittlerweile hat die Gemeinschaft der Kapitalisten eine ganze Armada von Ämtern und Behörden unter ihre Kontrolle gebracht, mit dem Ziel, daß in der Gesamtgesellschaft ihre Interessen höher bewertet werden als die Interessen von allen anderen Gesellschaftsgruppen.

Welche Rolle spielt z.B. die mobilitätspredigende Agentur für Arbeit?

Wie man vor einiger Zeit in der MOZ lesen konnte, ist der Ex-Agenturchef Müller der Meinung, daß ein weniger gut bezahlter Pendlerjob besser sei als gar keiner. Wenngleich er selbst wohl einen besser bezahlten hatte. Das Motiv ist klar, mit allen Mitteln die Arbeitslosenstatistik zu verbessern. Herr Müller wird sogar konkreter: »Für Barnimer ist ein Pendeln zum Job nach Berlin durchaus zumutbar«. Einmal von der Dreistigkeit abgesehen, das sich der gute Man annaßt zu entscheiden, was für die Barnimer zumutbar ist, bleibt er auch die Erklärung schuldig warum z.B. der arbeitslose Eberswalder Monteur dem arbeitslosen Berliner Monteur die Berliner Arbeit streitig machen sollte und umgekehrt.

Der Monteur wird den Weg aus zwei Gründen auf sich nehmen: erstens hat er trotz der Kosten mehr Geld am Monatsende und zweitens drohen ihm Sanktionen von der Agentur, wie z.B. Leistungskürzungen, die uns wieder zu erstens führen. Hier spielen also nur wirtschaftliche Gründe des Arbeiters eine Rolle. (Vernachlässigen wir hier den »moralischen Lohn« durch den eine sinnvolle Beschäftigung das Leben »bereichert«.)

Der Arbeiter muß also seine Arbeitskraft verkaufen, um leben zu können, er erhält für seine Arbeit einen Lohn. Von diesem Lohn (Nettolohn) muß der Pendler Treibstoff, Steuern, Versicherungen und Reparaturen bezahlen, beispielsweise 200 Euro im Monat, 2400 Euro im Jahr. Diese Summe wird vom Nettolohn subtrahiert und ergibt den realen Nettolohn. Zu diesem realen Nettolohn addiert sich eventuell eine Steuerrückerstattung von sagen wir 550 Euro. Bleiben beim Pendler 1850 Euro Minus. Der sog. Arbeitgeber beteiligt sich in der Regel nicht an diesen Kosten, somit fehlen dem Pendler am Jahresende 1850 Euro Lohn.

Das anonyme Kapital

von Andy Losch

Dem Arbeitgeber ist es jedoch egal ob seine Angestellten vor den Werkstoren wohnen oder pendeln müssen, wenngleich er natürlich von dem Druck den die auswärtigen Arbeiter auf die heimischen Löhne ausüben profitiert. Resultat der Beispielrechnung: Die Kaufkraft des Pendlers wird um 1850 Euro reduziert. Von den Einnahmen den die Tankstellenpächter machen gehen entsprechende Beträge an das Finanzamt, die Kommune etc. Desweiteren fallen Beträge für Pacht sowie Löhne für Angestellte und natürlich die Gewinnmargen der Pächter und Mineralölmultis an. Der Betrag welcher der Volkswirtschaft entzogen wird steckt in den 1850 Euro. Dieser Betrag wird auf Treibstoff und Steuern verteilt. Vom Teil des Treibstoffs geht ein nicht unerheblicher Teil an den Ölmulti und somit der Volkswirtschaft verloren, es sei denn es wird in gleichem Umfang wieder in Deutschland investiert.

Nutznießer des Pendelns sind also die Mineralölkonzerne, die Gläubiger des Staats sowie Arbeitgeber die von dem Überangebot an Arbeitskräften profitieren.

Vom Teil der Steuern wird ein ebenfalls nicht unerheblicher Teil zur Begleichung der Staatsverschuldung sowie der damit verbundenen Zinsforderungen verbraucht und sofern sich der Gläubiger nicht innerhalb unserer Volkswirtschaft befindet bzw. wieder in ihr investiert, geht auch dieses Geld verloren.

Nutznießer des Pendelns sind also die Mineralölkonzerne, die Gläubiger unseres Staates sowie Arbeitgeber die von dem Überangebot an Arbeitskräften profitieren. Die Agentur für Arbeit kann bestenfalls durch verbesserte Statistiken profitieren, wenn man das so nennen will, und muß sich den Vorwurf gefallen lassen, durch verschärfte Zumutbarkeitsklauseln das reale Nettoeinkommen der Arbeitnehmer gesenkt zu haben sowie das Überangebot an Arbeitskräften, zum Nutzen der Arbeitgeber und des Kapitals allgemein, gleichmäßig über das Land verteilt sowie die Umsätze der Tankstellen erhöht zu haben. (Die Mitarbeiter der Arbeitsagentur, moderne Sklaventreiber also, welche sowohl in der Antike als auch heute meist selbst Sklaven waren?)

Ganz offensichtlicher Verlierer in dieser Betrachtung ist der Pendler oder ganz allgemein der Arbeitnehmer. Sieht man sich die Alternativen der Arbeitnehmer in einem Land an, in dem es offiziell über 5 Millionen Arbeitslose gibt, dann stellt sich dem einen oder anderen die Frage, ob Arbeitnehmer wirklich frei sind oder nicht doch Sklaven des Kapitals, sprich: Eigentum der Kapitalisten? (Diese

Sichtweise ist in der Tat so alt wie die kapitalistische Produktionsweise selbst.)

Wobei sich das Kapital über den Weg der Lohnarbeit elegant vor seiner Fürsorgepflicht seines Eigentums (dem Arbeitnehmer) gegenüber drückt und diese Pflicht mehr oder weniger gleichmäßig unter den Arbeitssklaven verteilt. (Diese Verteilung nennen wir heute Sozialversicherung, aus deren »Parität« sich die Arbeitgeber heimlich, still und leise verdrücken.)

Sind die von uns gewählten Volksvertreter somit nicht nur Vollstrecker des Kapitals? Eine vom Volk gewählte Regierung muß volkswirtschaftliche Wirtschaftspolitik machen und keine betriebswirtschaftliche. Da die Wirtschaftspolitik in diesem Land fast ausschließlich betriebswirtschaftliche Züge trägt, zeigt sich sehr deutlich, daß es nicht das Volk ist, von dem die Macht ausgeht. Eine volkswirtschaftlich orientierte Politik würde, um beim Thema Pendeln zu bleiben, einen möglichst wohnortnahen Einsatz der Arbeitnehmer fördern oder den Arbeitgeber in die Pflicht nehmen.

Man kann nüchtern das Fazit ziehen, daß Pendeln in Deutschland die Volkswirtschaft belastet, die Kaufkraft für heimische Produkte verringert und vor allem den global agierenden Kapitalisten, insbesondere den Mineralölkonzernen und Finanzmagnaten nützt.

»Wer in einer Gemeinschaft lebt, auf den wirken Zwänge, wer diesen Zwängen nicht unterliegt, lebt außerhalb dieser Gemeinschaft bzw. verstärkt diese Zwänge auf die übrige Gemeinschaft. Eine Gesellschaft besteht aus vielen Gemeinschaften, welche nicht unbedingt dieselben Ziele haben. Eine demokratische Regierung hat die Aufgabe der Gesellschaft ein gemeinsames Ziel zu geben.«

Diese Zeilen aus einem Brief an einen guten Brieffreund geben ganz gut wieder, was eine gute Regierung auszeichnet. Hinzuzufügen wäre noch, daß dieses Ziel für die Mehrheit des Volkes erstrebenswert sein sollte. Der Staatssozialismus hat versucht, aus einer Gesellschaft eine Gemeinschaft zu machen (in Teilbereichen mit beachtlichem Erfolg), um so diesen Zielfindungsprozeß zu vereinfachen. Die ihm zugrunde liegende überzogene Ideologie jedoch machte dieses System sehr unbeweglich und eine verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik (Geldüberhang, nachteilige Wirtschaftsbeziehungen...) sorgte für das endgültige Scheitern. Doch der Kapitalismus ist ebenfalls eine Ideologie und aus Sicht der Sozialdarwinisten tobt zur Zeit ein weltweiter (globaler) Klassenkampf, an dessen Ende die Marxisten den Kommunismus wähen. Für das Kapital ist nur der Profit wichtig, möglichst hoch und möglichst schnell. Selbst wenn das bedeutet, eine Volkswirtschaft zu vernichten oder andere Kapitalisten nebst ihrer Arbeitssklaven.

Unter den jetzigen Bedingungen ist jedenfalls eine volkswirtschaftlich positive Akkumulation, auch bei einem steigendem Bruttoinlandsprodukt, dank des Einflusses des globalen Finanzkapitals, aus Sicht des Staatshaushalts nicht möglich (siehe Staatsverschuldung, öffentliche Haushalte...), welche aber Grundvoraussetzung für einen starken Staat ist.

Eines ist klar, der Kapitalismus wird nicht freiwillig in eine der Schulbladen der Geschichte verschwinden.

Das heißt der Staat hat immer weniger Macht, während die Macht des Kapitals, deren Einfluß auf die Politik, entgegengesetzt proportional wächst. So ist der Staat gezwungen, selbst kapitalistische Züge anzunehmen und seine Politik nach und nach immer stärker gegen den eigentlichen Souverän zu richten, welcher ja nicht zur Gemeinschaft der Kapitalisten gehört (er besitzt ja kein Kapital) und somit auch andere Interessen hat. Das globale Finanzkapital ist die vorläufig finale Ausprägung des Kapitalismus und hat nichts mehr mit Marktwirtschaft im Wortsinn zu tun. Im Gegenteil, es vernichtet die Grundlagen des Marktes. Durch Zinsforderungen an Unternehmen (klassische Kapitalisten) und Staaten sowie gezielte Manipulation von Währungen kolonisiert es gewissermaßen die gesamte Welt, ein Prozeß der aller Voraussicht mit der Zerstörung der uns bekannten Zivilisation endet.

Doch nach wie vor hat unser Staat gewisse, völkerrechtlich verbrieft, hoheitliche Rechte, die er (die Regierung) nicht nutzt. Im Gegenteil, es ist ein ekelhafter vorauseilender Gehorsam den sogenannten neoliberalen Gruppierungen gegenüber festzustellen. Aber auch das Volk hat Rechte, leider ist das deutsche Volk hinsichtlich negativer Einflußnahme seitens der »Meinungsmacher« über die Presse sehr empfänglich. Aber anderen Völkern geht es nicht viel anders. Und eines ist allen gemein, weder national noch international ist man sich über ein Konzept gegen diesen Raubtierkapitalismus einig. Egal wie man zu den Theorien über den Klassenkampf steht, eines ist klar, der Kapitalismus wird nicht freiwillig in einer Schublade der Geschichte verschwinden.

Die BBP ist glaube ich ein gutes Forum um über entsprechende alternative Konzepte und deren Umsetzung zu diskutieren.

PS.: Wenn sich ein ehemaliger Arbeiter erfolgreich selbstständig macht und andere Menschen für sich Arbeiten läßt, wird er natürlich selbst zum Kapitalisten. Er nimmt zwanghaft die Denkweise eines Kapitalisten an. Es ist interessant, sich vorzustellen, man selbst würde diesen Schritt wagen, um zu beobachten, wie sich die eigene Denkweise verändert. Man tritt geistig in die Gemeinschaft der Kapitalisten ein und übernimmt automatisch deren Verhalten. Würde man dieses Verhalten nicht annehmen, würde man in der kapitalistischen Gemeinschaft, als Kapitalist, scheitern.

SPD-Finow wählt neuen Vorstand

Finow (spd-finow). Am 26. Juni wählten die Genossinnen und Genossen des SPD-Ortsvereins Finow einen neuen Vorstand. Entsprechend der Satzung finden Vorstandswahlen im Turnus von zwei Jahren statt. Der Vorsitzende Harri Kalanke, der Kassierer Ekhart Grabbert, die Schriftführerin Birka Gaebel sowie der Beisitzer Andreas Steiner wurden in ihren Ämtern bestätigt. Jörg Mrozek ist als Stellvertretenden Vorsitzenden neu in den Vorstand gewählt worden. Er löst Oliver Ruch ab, der nicht mehr kandidierte. Der Ortsverein sprach ihm für seine langjährige und konstruktive Arbeit großen Dank und Anerkennung aus. Als Pressesprecher und für die redaktionelle Betreuung der vielbesuchten Homepage www.spd-finow.de

wird weiterhin Andreas Steiner zuständig sein.

»Auch in Zukunft werde ich kritisch-konstruktive Beiträge bringen, die – wenn erforderlich – mit der bundespolitischen Leitlinie meiner Partei hart ins Gericht gehen. Denn nur Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit bringen uns voran. Wir dürfen den 'Großkopfeten' das Regieren nicht so einfach überlassen. Vielmehr müssen wesentliche Impulse wieder von der sozialdemokratischen Basis ausgehen«, so Steiner. Andreas Steiner gehört dem basisdemokratischen, linken Flügel der Sozialdemokratie an, ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA Barnim) und pflegt auch dort die Website www.afa-barnim.de.

Die Nullstimme

Ganz einfach – ganz wichtig!

Es geht um die Einführung eines neuen Stimmzettels. Genauer gesagt, um ein zusätzliches, aber wesentliches Ankreuzfeld: Die NullStimme. Erst wenn die NullStimmen und die Ungültigen Stimmen prozentual gleichwertig erfaßt und dargestellt werden, erfüllt die Wahl und die Berichterstattung demokratische Voraussetzungen.

Die NullStimme ist demokratisch gleichwertig! Die NullStimme kann

– die Spekulation über die »Ungültigwähler«, »Wahlboykotteure« oder »Protestwähler« wesentlich einschränken.

– Schlußmachen, mit: »...wenn du nicht zur Wahl gehst, verschenkst Du Deine Stimme!«

Wie geht das? Wem schenke ich meine Stimme? Was soll das?

– Parteiverdrossenen helfen, ihren UnMut aktiv und konkret auszudrücken.

– Ein Sammelbecken aller politisch Interessierten und Engagierten sein. (Es gibt schließlich

genug Gründe, sich für keine der zur Auswahl stehenden Parteien zu entscheiden.) Das Engagement in sog. Nicht-Regierungs-Organisation und Bürgerinitiativen ist groß! Die politischen Erfolge »Außerparlamentarischer Initiativen« sind beachtlich! Die NullStimme kann ein wirkliches Stimmungsbarometer der Wähler darstellen.

Egal, ob Du glaubst, wir sind schon in der Demokratie angekommen oder wir sind erst auf dem Weg.

Egal, was Du von der »repräsentativen Demokratie« hältst.

Egal, ob Du Dich für was »Besseres« einsetzt oder ob es Dir paßt, so wie es ist –

in jedem Fall, dient die NullStimme der viel beschworenen Demokratie

FRANK LIENAU

Koordinationsadresse für den neuen Stimmzettel e-mail: f.lienau@mausklick-produktion.de
www.neuerstimmzettel.de

»Sozialistische Tageszeitung« hofiert den BND

Im »Neuen Deutschland« vom 26.5.2006 schreibt René Heilig in seinem Kommentar »Macht BND den Laden zu?« davon, daß »keine Allianz des Westens, keine Bestechung, keine Drohung und kein noch so brutales Bombardement« bislang dazu führte, »den politischen Brand, der sich zum globalen Feuer ausbreitet, einzudämmen«. Eine Feststellung, der kaum widersprochen werden kann.

Aber statt zur Schlußfolgerung zu kommen, daß gerade diese Politik das Öl ins Feuer gießt, meint der Kommentator der »Sozialistischen Tageszeitung« den Bundesnachrichtendienst verteidigen zu müssen. Der BND werde »vorgeführt« und »ins Licht gestellt«. Das hindere den Geheimdienst, seinen »Auftrag zu erfüllen«. Der Kommentator plappert, »auch die Bundesrepublik« sei »Ziel von Menschen, die den politischen Dialog lieber mit Sprengstoff denn mit Wor-

ten austragen wollen«. Woher nur hat er diese Weisheit? Noch wird die BRD vom Kriegsbrennstifter Nr. 1 in dieser Welt nicht zu den »Schurkenstaaten« gezählt. Vom Ausland her organisierte Terroranschläge gab es bislang auch nicht. Das ist aber nicht Verdienst der Pullacher Schlapphüte, sondern steht mit der Zurückhaltung der BRD beim Irakkrieg im Zusammenhang.

Das Vertrauen in Geheimdienste sollte eigentlich jedem, der die sog. Wende in der DDR erlebt hat, gründlich ausgetrieben worden sein. Aufgabenstellung und Struktur selbst sind es, die Geheimdienste zu »illegalen, undemokratischen und gesetzwidrigen Mitteln« greifen lassen. Statt über die Rolle von Geheimdiensten sollte in der »Sozialistischen Tageszeitung« über deren Abschaffung nachgedacht werden.

GERD MARKMANN

... sprach Oskar Lafontaine am 29. Mai auf dem Bernauer Kulturhof und freute sich, die Bekanntschaft mit dem Landesvorsitzenden der »Grauen Panther« Brandenburgs zu machen. Dieser wartete gemeinsam mit fast fünfzig Bürgerinnen und Bürgern vor dem Treff 23 auf den Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag sowie seiner Gastgeberin der »Offenen Worte«, Dr. Dagmar Enkelmann. Weil die Wartenden wegen Überfüllung keinen Einlaß mehr gefunden hatten, entschieden sich Oskar Lafontaine und Dagmar Enkelmann, den Ablauf der Talkrunde leicht zu verändern und zunächst vor der Tür eine Zeit lang mit ihren Gästen zu diskutieren.

Mit der Frage, ob die sprichwörtliche Redewendung »*frech wie Oskar*« auch auf ihn zutraf, begann Dagmar Enkelmann dann augenzwinkernd das Gespräch im Treff 23. Lafontaine gab einen kleinen Streich aus der Jugendzeit zum Besten, nicht der einzige, einer hätte ihn beinahe das Abitur gekostet, wie er freimütig einräumte. Ansonsten sei es in seiner Jugend eher darum gegangen, die Frechheit im Rahmen zu halten. Pfarrer hatte Lafontaine nach dem Willen seiner Mutter eigentlich werden sollen. Aber der junge Oskar entschied sich für ein naturwissenschaftliches Studium. Allerdings wurde es ihm bald langweilig, nur auf einem Themengebiet zu arbeiten. Mittlerweile

Am 29. Mai holte Dagmar Enkelmann, Linkspartei-Abgeordnete im Bundestag, wieder Politprominenz nach Bernau. Diesmal war Oskar Lafontaine an der Reihe. Es sollte eine Feier des Reformismus werden mit fadem stalinistischen Beigeschmack.

Oskar mußte ganz unvorbereitet mit Anekdoten seiner Jugendstreiche den Reigen eröffnen. Weiter ging es mit den schon hinlänglich bekannten Mythen des einzigen OSSFreunds während des Beitritts der DDR. Oskar hätte nur den Einigungsprozess nicht so schnell gewollt, um uns stark gebeutelte DDR-Bürger vor unserer eigenen Nationalbesoffenheit zu schützen. Besoffen muß auch er gewesen sein, denn ein Zitat von 1989 präsentiert ein völlig anderes Bild: »*Ist es richtig, daß wir allen Bürgern der DDR, daß wir all denen den Zugriff auf die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik einräumen, Kindergeld, Kranken- und Arbeitslosengeld, Renten?*«

So wird schon eher ein Schuh draus, unser Oskar hatte schlichtweg Angst vorm Teilen und schürte die Furcht vor den schmarotzenden Ossi. Das diese unsolidarische Denkweise kein Fehltritt war und das dieser Mann noch heute so denkt, zeigt der Satz aus der Rede in Chemnitz 2006: »*Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, daß Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen*«

Unser Oskar hatte offensichtlich auch keine Probleme, den 1941 vom Reichssicherheitshauptamt für »*fremdvölkische Arbeitnehmer*« (Franzosen, Tschechen, Polen) eingeführten

»Ich hab doch auch schon graue Haare«

ist der in einem christlichen Elternhaus aufgewachsene Lafontaine seit 25 Jahren mit Leib und Seele Politiker.

Zur SPD kam er bereits als Student, war bei den Jusos aktiv, wurde in Saarbrücken zuerst Stadtrat, dann Oberbürgermeister, schließlich Ministerpräsident des Saarlandes, Kanzlerkandidat, Parteivorsitzender der SPD sowie ab 1998 Finanzminister in der ersten rot-grünen Bundesregierung. Zu seinem überraschenden, von niemandem vorausgesehenen Rücktritt von allen Ämtern nach nur fünf Monaten Regierungsarbeit steht er heute noch. Aus seiner Sicht hat er damals nur eine für ihn richtige Konsequenz aus dem politischen Kurswechsel Schröders gezogen.

Sein großes Vorbild sei Willy Brandt, erzählte Lafontaine den Bernauern. Brandt hätte zu seinen Anschauungen gestanden und nach dem Krieg einen glaubhaften Neuanfang gestartet. Das sei auch ein Politiker gewesen, der noch Visionen hatte. Dies vermisse er, Lafontaine, bei heutigen Vertretern der Zunft doch.

Ob er nach dem lebensgefährlichen Attentat auf ihn von 1990 ans Aufhören gedacht habe, fragte Enkelmann. Ein nachdenklicher Lafontaine bestätigte dies. Allerdings habe sich zu

der Zeit – es passierte mitten im Wahlkampf – für ihn kein Nachfolger gefunden. Auch für den Erfahrenen Politprofi Lafontaine war die Wiedervereinigung eine schwierige Zeit. Er war – wie oft kolportiert wird – kein Gegner der deutschen Einheit, nur glaubte er nicht daran, daß diese aus der Portokasse zu bezahlen wäre. Hat aber nicht die Ehrlichkeit, mit der er damals die Folgen der schnellen Einheit ausgemalt hat, Wählerstimmen gekostet, bohrte Enkelmann nach. Lafontaine pflichtete ihr bei. Ja, seine ehrliche Art habe vielen nicht gefallen. Die Wähler wollten Kohl, die DM und keine Problemschilderungen.

Nach dem Rücktritt 1998 zog sich Lafontaine ins Privatleben zurück. Warum aber »*fing*« ihn nach einiger Zeit die Politik dann doch wieder »*ein*«, wollte Enkelmann wissen. Sein ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl sei es gewesen, das ihn veranlaßte, etwas gegen die immer mehr von ihren Traditionen abweichende Politik der SPD zu unternehmen, vor allem nach der Einführung von Hartz IV, so Lafontaines Antwort. Seine Rückkehr auf die politische Bühne geschah unter der Bedingung, daß beide linke Parteien PDS und WASG gemeinsam zur Bundestagswahl antreten. Auch dieses Ergeb-

Die Bernauer Oskar-Besoffenheit

Begriff zu benutzen. Bei soviel medienwirksamer und offen ausländerfeindlicher Rhetorik könnte die NPD ganz neidisch werden. Folgerichtig mußte er auch dem Vorschlag von Otto Schily (SPD) zustimmen, in Afrika »*Auffanglager*« für Flüchtlinge zu errichten. Schily habe recht mit seinem Vorschlag. Unter den 15 Prozent, die Afrika verließen, seien »*nicht die Schwachen, die Alten, die Kranken und die elternlosen Kinder*«. Es seien in der Regel vielmehr »*die Gesunden, die Leistungsfähigen, die nach Europa wollen, um besser zu leben*«. Dieses Recht auf ein besseres Leben wollte unser Oskar den afrikanischen Flüchtlingen natürlich nicht gewähren. Die »*Gefahr*« der Zuwanderung hatte Oskar schon früh erkannt – zusammen mit Björn Engholm kippte er die damalige Ablehnungshaltung der SPD zum neuen Zuwanderungsgesetz und machte so den Weg frei zur faktischen Abschaffung des Asylrechts. Diese Politik auf Kosten von Minderheiten kam natürlich in Bernau nicht zur Sprache.

Wie Oskar aber mit innerparteilichen Minderheiten (?) umgeht, zeigten an diesem Abend seine Äußerungen zu den vom Bundesvorstand rechtswidrig abgesetzten demokratisch gewählten Landesvorständen der WASG von Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, nachdem er zuvor noch vollmundig darüber schwadroniert hatte, daß sich das Demokratieverständnis einer Partei dadurch auszeichnet, wie sie mit Minderheiten umgeht. Selbst Rosa

Luxemburg mußte mit ihrem oft schon mißbrauchten Zitat »*die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden*« für den demokratischen Schein herhalten. Der verblaßte freilich schnell, als Oskar den Landesvorstand von MeckPomm als »*30 Hansel*« wegbügelte, »*die gerade mal ein Wirtshaus füllen könnten*«. Erinnert er sich eigentlich daran, daß diese Leute die WASG gegründet und aufgebaut haben, als er noch in der SPD war?? Natürlich galt dasselbe auch für Berlin – eine parteiliche Mehrheit hätte eben das Recht, gegen Minderheitsmeinungen vorzugehen. Freiheit also doch nur für Linientreue!

Unweigerlich mußte Oskar nach einem diesbezüglich kritischen und vom Geschrei sich treu bleibender Altstalinisten begleitenden Einwand eines Genossen der Berliner WASG auch Stellung zu Politik der PDS in Berlin nehmen. Er rechtfertigte sie u.a. mit dem Beispiel der durch die Einführung von Hartz IV geringer als anderswo erfolgten Zwangsumzüge – als kleineres Übel. Nach einem Zwischenruf, daß es diese aber trotzdem gibt, argumentierte er, daß linke Politik eben Kröten (!) schlucken müsse. Die Ergänzung eines PDSlers, es wären doch bisher nur (!) 27 gewesen, ließ tief in einen unsolidarischen Abgrund blicken. Es ist doch scheißegal, ob es 27 oder 270 Zwangsumzüge sind: jeder erzwungene Umzug ist und bleibt menschenunwürdig – auch und gerade unter PDS-Regierung ... Das

nis ist bekannt. Seit September 2005 gibt es im Bundestag wieder eine Fraktion, die sich der sozialen Themen annimmt.

Natürlich interessierte sich das Publikum auch für den Streit mit der WASG in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Hier hatte Lafontaine ebenso eine ehrliche Antwort parat: Wer eindeutige Beschlüsse eines Partei-

tages so mißachte, offenbare ein merkwürdiges, nicht akzeptables Verständnis von Demokratie. Diese ende auch für eine Partei nicht an einer Stadtgrenze oder der eines Landes.

Zum Abschluß versprach Dagmar Enkelmann eine weitere Veranstaltung mit Oskar Lafontaine in Bernau.

BÄRBEL MIERAU

Am 29. Mai war der Fraktionssprecher der Linkspartei im Bundestag, Oskar Lafontaine, im Bernauer Treff 23 Gast bei Dagmar Enkelmanns Talkrunde

»Offene Worte«.

Zwei doch sehr gegensätzliche Berichte über diese Veranstaltung haben die BBP-Redaktion erreicht. Die Autorin des ersten Beitrages, Bärbel Mierau, ist Mitarbeiterin im Bernauer Wahlkreisbüro von Dagmar Enkelmann. Der Eberswalder Jan Noack ist bei der Sozialistischen Alternative (SAV) und bei der in der Berliner WASG aktiv.



sind also die Kröten, die wir schlucken müssen, damit die PDS regierungsfähig bleibt. Auch auf der Bernauer Veranstaltung war das Gejammer über die Sachzwänge groß, die Verschuldung Berlins lasse nun mal keine andere Wahl.

Liebe PDS: Sachzwänge gibt es nur dann, wenn man sie als unumstößlich akzeptiert. Tut man dies nicht, ist man unweigerlich gezwungen, den außerparlamentarischen Protest und Widerstand zu organisieren und meinetwegen auch in Form von knallharter parlamentarischer Opposition. Wer sich aber an bürgerlichen Regierungen beteiligt – und bürgerliche Regierungen sind immer Machtinstrument der herrschenden Klasse, des Kapitals – darf sich nicht wundern, wenn auch nur bürgerliche und nicht sozial(istisch)e Politik herauskommt.

Schon im kommunistischen Manifest heißt es: »Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.«

Aber unser Oskar ist eben ein echter Reformist und so denkt und spricht er auch. So verklären seine Tiraden gegen den Neoliberalismus ihn als bloße Entgleisung, anstatt ihn als das zu charakterisieren, was er wirklich ist: systemimmanent!

Sein angeführtes Beispiel der heutigen 95 % Spekulation und nur 5 % Investition in der globalen Weltwirtschaft zeigt nicht die Verkommenheit einzelner Kapitalisten, sondern einfach, daß die Gewinne im produktiven Sektor geringer sind als im spekulativen. Es zeigt vor allem auch die Krise des Systems, die Grenzen der kapitalistischen Produktion. Somit ist die

Attacke auf den Sozialstaat (inkl. der Einverleibung öffentlicher Güter) für das Kapital das letzte Gefecht gegen seine Verwertungskrise.

Anstatt aber deshalb die Systemfrage zu stellen, will unser Oskar nur am Astwerk rumschnippeln, anstatt die Wurzel zu kappen! An diesem Abend offenbarte sich erneut, daß so manche Scheinsozialisten im Publikum es auch nach 16 Jahren real existierendem Kapitalismus noch nicht geschafft haben, ihren Verstand einzuschalten und erneut in einem kritiklosen Personenkult aufgehen: der Oskar, der Oskar, der hat immer Recht!

Dem wachen Betrachter erwies sich die auch von der PDS gebrauchte Worthülse »Sozialismus« als ein ideologisches Chaos, als richtungs- und strategielos! Aber was soll auch anderes dabei herauskommen, wenn man sich vom Marxismus so gut wie verabschiedet hat.

Kurz vor Schluß wurden noch zwei Fragen gestellt, die das groteske Bild einer Veranstaltung mit Kaffeefahrtcharakter abrundeten: Der böse Anschuß der Springerpresse beim Volke wegen Oskars Villa (Kosten 2 Mio Euro), was nur zeigt, daß dieser Mann sich auf Kosten der Steuerzahler den Arsch vergolden ließ und jetzt den großen Sozialzampano markiert. Immerhin: Oskar stimmte mit seiner Ankündigung, auch artig Vermögens- und Erbschaftssteuer zahlen zu wollen, dann doch noch versöhnlich. Die zweite Frage – nach dem Titelgewinner bei der nächsten Fußballweltmeisterschaft – rundete den bizarren Eindruck dieser Talk-Show ab.

JAN NOACK

Ferien am Dümmer See

Eberswalde (prest-ew). Die Vorbereitungen für Ferienfreizeit, organisiert von der Stadtverwaltung Eberswalde und der Partnerstadt Delmenhorst, sind in vollem Gange. In diesem Jahr geht es für die Jungen und Mädchen im Alter von 8-12 Jahren nach Niedersachsen/landkreis Vechter an den Dümmer See.

»Natur pur und vieles mehr...«, so lautet das diesjährige Motto. Das Freizeitzentrum liegt direkt im Naturpark Dümmer und bis zum Westufer sind es nur 200m. Dazwischen sind haus-eigene Sport- und Bolzplätze, Grün- und Spiel-flächen und natürlich eine Strandwiese. Geplante Aktionen: Ruderboot- und Kanufahrten, Radtouren, baden und spielen und eigene Kreativität entfalten (u. a. T-Shirts gestalten, Gipsmasken anfertigen). Termin: 3. bis 11. August, 2006 Teilnehmerbeitrag: 215,- Euro. Anmeldung bei der Stadtverwaltung Eberswalde FD Bildung und Jugend (Tel. 03334-64658).

Zainhammer Mühle:

Märchenhaft

Eberswalde (mühle). Barbara Störmer und Peggy Neumann zeigen noch bis zum 9. Juli ihre gemeinschaftliche Ausstellung mit dem Namen »VerwirkLICHTe TraumWELTEN«. Die gezeigten Gemälde aus Ölpastel, Acryl- und Ölfarbe machen diesem Namen alle Ehre. Die beiden Künstlerinnen entdeckten auf dem Weihnachtskunstmarkt, daß ihr beiderseitiges Interesse den Märchen und unirdischen Gestaltungen gilt. So entstand die Idee zu diesem gemeinsamen Projekt. Die Kunstwerke sind nicht nur für Erwachsenen sehenswert, sondern sprechen durch ihre farbenfrohe und phantasievolle Ausarbeitung auch Kinder an. Und vielleicht entdeckt so mach einer bekannte Märchen und Sagen in einem der Bilder.

Anzeige

Sonderkonzert: 35 Jahre Bayon

Am 7. Juli wollen wir uns am Werbellinsee einen schönen Abend machen. Dazu kommen diesmal ganz besondere Gäste.

Anlässlich des 35jährigen Bühnenjubiläums von Bayon und eines anderen Jubiläums spielt Sonny Thet mit der Gruppe Bayon kurzfristig auf dem Wasser des Werbellinsses eine Klangprobe. Zur Aufführung gelangen auch Teile der sechsten Suite von Bayon, die dieser Tage hier in Altenhof einstudiert wurde.

Wir würden uns freuen wenn wieder viele Freunde guter Musik kämen.

Also: Sonderkonzert mit Bayon, Altenhof, Bootshaus »Am Breten«. Freitag, 7. Juli, 19 Uhr. Eintritt: 5 Euro mit Vorbestellung, 7 Euro an der Abendkasse.

GÜNTER LANDMANN,
altenhofer kulturkreis e.V.

www.Altenhof-Werbellinsee.de/breten.htm

25 Prozent – und der Bürgermeister ist weg

Am 16. Juli sind die Eberswalderinnen und Eberswalder aufgerufen, an einem Bürgerentscheid zur Abberufung des Bürgermeisters teilzunehmen.

Seit 12. Januar ist Bürgermeister Reinhard Schulz vom Dienst suspendiert. Er war zwei Tage zuvor wegen Untreue und Bestechlichkeit vom Landgericht Potsdam zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Zudem wurde ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter für die Dauer von drei Jahren aberkannt.

Nach Ansicht der Richter hat Reinhard Schulz 1998 umgerechnet 190.000 Euro aus der Stadtkasse veruntreut, indem er zwei Bauherren eine Ablösesumme für nicht gebaute Autostellplätze erließ. Dafür sollen er umgerechnet 15.000 Euro erhalten haben. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da Reinhard Schulz Revision eingelegt hat.

Am 1. Juni haben die Stadtverordneten mehrheitlich für einen Bürgerentscheid zur Abwahl des Bürgermeisters gestimmt. Die Eberswalderinnen und Eberswalder sollen entscheiden, ob der ohnehin bereits suspendierte Bürgermeister auch abgewählt werden soll. Am 16. Juli werden daher die Wahllokale geöffnet sein. Nur wenn 25 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger mit »Ja« stimmen, wäre die Abwahl vollzogen. Nach weiteren 70 Tagen könnte dann ein neuer Bürgermeister gewählt werden.

VEIKO KUNKIS, AG Öffentlichkeit beim
Stadtvorstand der Linkspartei.PDS Eberswalde

Integrationsportfest

Eberswalde (ik). Innerhalb der Barnimer Sportwochen gibt es am **5. Juli im Sportkomplex Westend** ein weiteres Highlight. In der Zeit von 10 bis 14 Uhr finden Mit-Mach-Aktionen für Menschen mit und ohne Behinderungen statt. U.a. der Barnimer Sportcheck (Ruderergometer, Seilspringen, Bankdrücken), Torwandschießen, Gummistiefelweitwurf, Rollstuhlparcours und vieles mehr. Ab 17 Uhr wird das Integrationsportfest mit einem Fußballturnier fortgesetzt.

Schirmherrin der Veranstaltung ist Marianne Buggenhagen. Sie ist 12-fache Weltmeisterin und 8-fache Paralympiksiegerin. Gemeinsame Veranstalter sind der Kreissportbund Barnim und die Landtagsabgeordnete Ingeborg Kolodzeika, die alle Interessierten am Integrationsportfest recht herzlich einladen.

Anzeige



Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoo.com (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Markmann (5), Mierau (1)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluss: 24. Juni 2006

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 12.8.2006, 12 Uhr.